

Statistische Grundlagen und Übersichten

021-1000

Taschenstatistik der Schweiz 2010



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Statistik BFS

Bundesamt für Statistik

Espace de l'Europe 10
CH-2010 Neuchâtel

Auskünfte:

Telefon 032 713 60 11

Telefax 032 713 60 12

Bestellung von Publikationen:

Telefon 032 713 60 60

Telefax 032 713 60 61

www.statistik.admin.ch

Zeichenerklärung:

Drei Punkte (...) anstelle einer Zahl bedeuten, dass diese unbekannt ist, weil (noch) nicht erhoben oder (noch) nicht berechnet.

Ein Strich (-) anstelle einer Zahl steht für den Wert absolut null.

Eine Zahl mit hochgestelltem «p» bedeutet, dass diese provisorisch ist.

Abkürzungen Kantonsnamen:

Erklärung in Tabelle auf Seite 4.

Rundung:

Im Allgemeinen wird ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet. Bei Differenzen zwischen addierten Teilsommen und Gesamtsumme werden die Einzelwerte also nicht angepasst.

Quellen:

Bei der Wiedergabe von statistischen Ergebnissen wurde in der Regel auf Quellenangaben verzichtet. Entsprechende Informationen finden sich im Portal «Statistik Schweiz» www.statistik.admin.ch

Herausgeber:

Bundesamt für Statistik
Sektion Diffusion und Amtspublikationen
Februar 2010. Erscheint in deutscher, französischer, italienischer, rätoromanischer und englischer Sprache.

Konzeption und Redaktion:

Bernhard Morgenthaler, Armin Grossenbacher

Grafiken:

Daniel von Burg

Karten:

Sabine Kuster

Organisation:

Etienne Burnier

Layout:

Pierre-Alain Baeriswyl, Daniel von Burg

Titelseite:

Netthoevel & Gaberthüel, Biel;

Foto: © godfer – Fotolia.com

Grafisches Konzept:

Roland Hirter, Bern

Bestellnummer:

021-1000

ISBN:

978-3-303-00426-5

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Bevölkerung	4
Raum und Umwelt	9
Arbeit und Erwerb	11
Volkswirtschaft	14
Preise	16
Industrie und Dienstleistungen	17
Land- und Forstwirtschaft	20
Energie	21
Bau- und Wohnungswesen	22
Tourismus	23
Mobilität und Verkehr	24
Die Schweiz und Europa	26
Banken, Versicherungen	28
Soziale Sicherheit	29
Gesundheit	32
Bildung und Wissenschaft	34
Kultur, Medien und Informationsgesellschaft	37
Politik	39
Öffentliche Finanzen	41
Kriminalität und Strafrecht	43
Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung	45
Nachhaltige Entwicklung	49
Regionale Disparitäten	50
Die Schweiz und ihre Kantone	51

1860–2010: 150 Jahre Bundesamt für Statistik

Vor 150 Jahren, im Juni 1860, errichtete der Bundesrat das «Statistische Bureau» – das heutige Bundesamt für Statistik –, um den Informationsbedürfnissen des Staates gerecht zu werden. Damit folgte er dem Beispiel anderer Länder, die bereits ein entsprechendes Amt eingerichtet hatten.

Im Laufe der Zeit weitete sich der ursprüngliche Themenbereich der Statistiken aus – im Gleichschritt mit den für jede Epoche unterschiedlichen und wachsenden Anliegen. Das Bundesamt für Statistik entwickelte sich so zum modernen statistischen Dienstleistungszentrum für Gesellschaft und Staat. Heute stehen zum Beispiel neben Themen der Wirtschaftsstatistik solche zur Umwelt und zur Gleichstellung von Mann und Frau im Vordergrund des Interesses.

Seit der Gründung des Amtes stehen die Ergebnisse der Statistik nicht allein der Politik, sondern der gesamten Bevölkerung zur Verfügung. Das erste, alle Themen übersichtlich vereinende Werk, das statistische Jahrbuch, erschien 1891 und die verkürzte Version davon, die Taschenstatistik der Schweiz, wird seit 1914 herausgegeben. Beide Publikationen sind Ausdruck dieser breiten Zugänglichkeit der Statistiken. Die handliche Grösse und der knappe und gleichzeitig umfassende Inhalt der Taschenstatistik dürften ein wichtiger Grund dafür sein, dass die in fünf Sprachen (Deutsch, Französisch, Italienisch, Rätoromanisch und Englisch) erscheinende Taschenstatistik jährlich über 100 000 Mal (die grösste Auflage des BFS) ihre Abnehmer findet.

Die historischen Statistik-Publikationen der Schweiz sind in den Bibliotheken zugänglich und seit kurzem zu einem Teil auch in elektronischer Form im Statistikportal und auf der BFS-Jubiläumsseite. Eine multimediale Zeitmaschine begleitet dort die Entwicklung der Statistik und des BFS mit Texten und Bildern.

Das in diesem Jahr in sein 150. Jahr tretende Bundesamt für Statistik BFS wünscht Ihnen eine gute Lektüre und lädt Sie ein, das Statistikportal www.statistik.admin.ch und dort die Jubiläumsseiten www.bfs150jahre.ch zu besuchen.

Dr. Jürg Marti

Direktor
Bundesamt für Statistik (BFS)

Neuchâtel, Januar 2010

Weitere Informationsquellen:

- Wenn Sie mehr über die 150-jährige Geschichte des BFS erfahren möchten, besuchen Sie die Seiten www.bfs150jahre.ch
- Medienmitteilungen per E-Mail: Die Medienmitteilungen des BFS können in integraler Version als direkte NewsMail auf Ihre E-Mail-Adresse abonniert werden (Anmeldung: www.news-stat.admin.ch).
- Ebenfalls via E-Mail erhältlich sind die jüngsten BFS-Publikationen sowie die Newsletter zu verschiedenen Themengebieten.
- Antworten auf spezifische Fragen erteilt das Informationszentrum des BFS: Tel. 032 713 60 11 oder E-Mail info@bfs.admin.ch

Ständige Wohnbevölkerung in den Kantonen 2008

	Total in 1000	Ausländer in %	Städtisch in %	Dichte je km ²	Wachstum 1998–2008 in %
Schweiz	7 701,9	21,7	73,6	193	8,1
Zürich (ZH)	1 332,7	23,5	95,1	802	12,2
Bern (BE)	969,3	12,8	62,4	166	3,0
Luzern (LU)	368,7	16,2	51,0	258	7,4
Uri (UR)	35,2	9,1	0,0	33	-1,3
Schwyz (SZ)	143,7	17,9	80,2	169	13,6
Obwalden (OW)	34,4	12,4	0,0	72	7,6
Nidwalden (NW)	40,7	10,6	87,7	169	9,2
Glarus (GL)	38,4	19,4	0,0	56	-0,8
Zug (ZG)	110,4	22,9	96,0	533	14,4
Freiburg (FR)	268,5	17,2	55,6	168	15,7
Solothurn (SO)	251,8	19,2	77,2	319	3,4
Basel-Stadt (BS)	186,7	30,7	100,0	5 045	-2,0
Basel-Landschaft (BL)	271,2	18,5	91,8	524	5,6
Schaffhausen (SH)	75,3	22,6	74,2	253	2,1
Appenzell A. Rh. (AR)	53,1	13,7	53,1	218	-1,4
Appenzell I. Rh. (AI)	15,5	10,1	0,0	90	4,5
St. Gallen (SG)	471,2	21,5	66,9	242	5,9
Graubünden (GR)	190,5	15,6	49,6	27	2,3
Aargau (AG)	591,6	21,0	65,6	424	10,3
Thurgau (TG)	241,8	20,6	49,5	280	6,8
Tessin (TI)	332,7	25,4	87,1	121	8,7
Waadt (VD)	688,2	29,9	74,7	244	12,5
Wallis (VS)	303,2	20,0	56,8	58	10,5
Neuenburg (NE)	170,9	23,7	74,5	238	3,2
Genf (GE)	446,1	38,1	99,2	1 815	11,8
Jura (JU)	69,8	12,1	30,2	83	1,2

Ständige Wohnbevölkerung in den grossen Städten 2008

	Stadt		Agglomeration	
	in 1000	Wachstum in % 1998–2008	in 1000	Wachstum in % 1998–2008
Total	1 056,8	5,3	2 970,2	9,7
Zürich	365,1	8,4	1 154,5	12,6
Genf	183,3	6,1	513,2	12,9
Basel	164,9	-2,3	494,3	3,5
Bern	122,9	-0,3	348,7	3,3
Lausanne	122,3	7,1	324,4	10,7
Winterthur	98,2	12,0	135,0	13,4

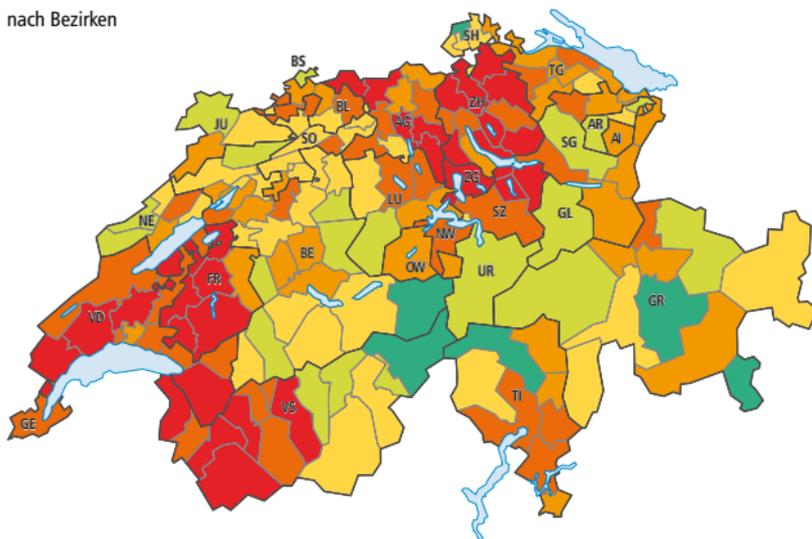
Die Bevölkerung ist mehrheitlich städtisch

74% der Bevölkerung wohnen heute (2008) in städtischen Gebieten; 1930 waren es lediglich 36% gewesen. Rund die Hälfte der städtischen Bevölkerung wohnt in den Agglomerationen der fünf Grossstädte Zürich, Basel, Genf, Bern und Lausanne.

Das Bevölkerungswachstum in den städtischen Regionen ist seit dem Jahr 2000 ausgeprägter als in den ländlichen Gebieten (2008: +1,6% gegenüber +1,0%).

Bevölkerungswachstum 1998–2008

nach Bezirken



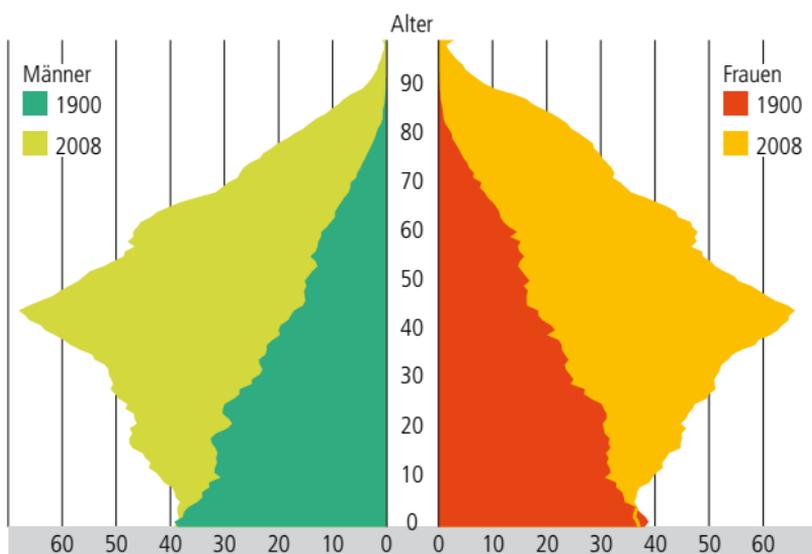
Veränderung der ständigen Wohnbevölkerung, in %

CH: +8,1 %



Altersaufbau der Bevölkerung

Anzahl Personen in 1000



Eine alternde Gesellschaft

Im Laufe des 20. Jahrhunderts ist der Anteil der älteren Menschen gestiegen, während derjenige der Jugendlichen (unter 20 Jahren) und der Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis 64 Jahre) gesunken ist. Die Form der Alterspyramide hat sich dabei von einer «Pyramide» (1900) zu einer «Tanne» (2008) gewandelt, wobei die geburtenstarken Jahrgänge 1959 bis 1971 dominieren. Ihnen stehen eine schwächer besetzte Jugendgeneration und eine wachsende Zahl älterer Menschen gegenüber. Die Alterung wird sich fortsetzen. Der Anteil der 65-Jährigen und Älteren dürfte bis 2050 von 17% (2008) auf rund 28% ansteigen. Das Bevölkerungswachstum in der Schweiz ist in den letzten Jahren vor allem auf den Einwanderungsüberschuss zurückzuführen und nur zu einem geringen Teil auf den Geburtenüberschuss (2008: 86% gegenüber 14%).

Lebendgeburten 2008

Total	76 691
Knaben je 100 Mädchen	106,5
Anteil nicht ehelicher Lebendgeburten in %	17,1
Mehrlingsgeburten	1 305
Zwillingsgeburten	1 275
Kinder je Frau ¹	1,48

Todesfälle 2008

Total	61 233
Alter der Gestorbenen	
0–19 Jahre	538
20–39 Jahre	1 055
40–64 Jahre	8 114
65–79 Jahre	15 667
≥ 80 Jahre	35 859

Internationale Wanderungen 2008

Eingewanderte Personen	184 297
davon Ausländer	161 629
Ausgewanderte Personen	86 130
davon Ausländer	58 266
Wanderungssaldo	98 167
Schweizer	–5 196
Ausländer	103 363

Binnenwanderungen² 2008

Total Zu- und Wegzüge	434 688
------------------------------	----------------

Heiraten 2008

Total	41 534
Schweizer/Schweizerin	21 394
Schweizer/Ausländerin	8 423
Ausländer/Schweizerin	6 605
Ausländer/Ausländerin	5 112
Durchschnittsalter bei der Heirat (Jahre)	
Ledige Männer	31,4
Ledige Frauen	29,1

Scheidungen 2008

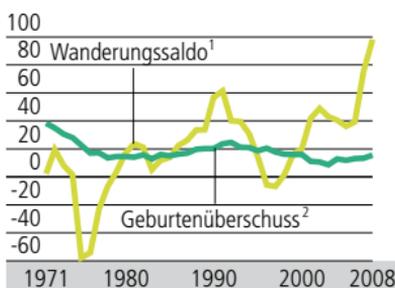
Total	19 613
mit unmündigen Kindern (%)	44,8
Ehedauer	
0–4 Jahre	2 037
5–9 Jahre	5 502
10–14 Jahre	3 552
15 und mehr Jahre	8 522
Zusammengefasste Scheidungsziffer ³	48,4

1 Zahl der Kinder, die eine Frau im Laufe ihres Lebens zur Welt bringt, wenn man die altersspezifischen Geburtenziffern im Beobachtungsjahr zu Grunde legt

2 Wanderungen zwischen den politischen Gemeinden, ohne Wanderungen innerhalb einer Gemeinde

3 Anteil der Ehen, die früher oder später geschieden werden, wenn das Scheidungsverhalten im Beobachtungsjahr zu Grunde gelegt wird

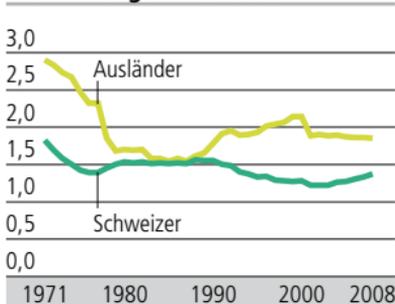
Wanderungssaldo und Geburtenüberschuss in 1000



1 inkl. Statuswechsel: Wechsel von einer Anwesenheitsbewilligung mit einer Gültigkeit von weniger als 12 Monaten zu einer Anwesenheitsbewilligung mit einer Gültigkeit von 12 Monaten oder mehr

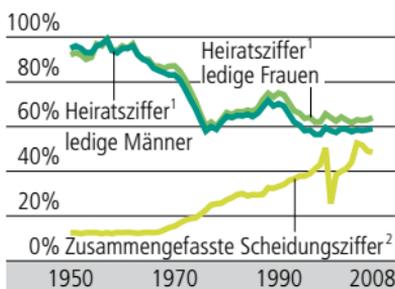
2 Lebendgeburten minus Todesfälle

Zusammengefasste Geburtenziffer¹



1 Kinder je Frau; siehe Anmerkung 1 linke Spalte

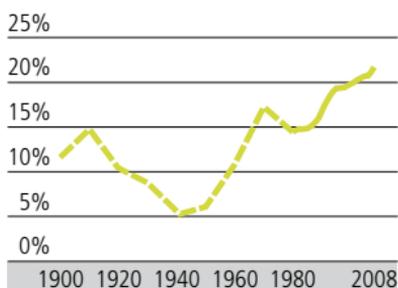
Heiraten und Scheidungen



1 Anteil (%) der ledigen Männer, bzw. Frauen jünger als 50 Jahre, die im Laufe der Zeit heiraten werden, wenn das Heiratsverhalten im Beobachtungsjahr zu Grunde gelegt wird

2 Siehe Anmerkung 3 linke Spalte

Anteil der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung



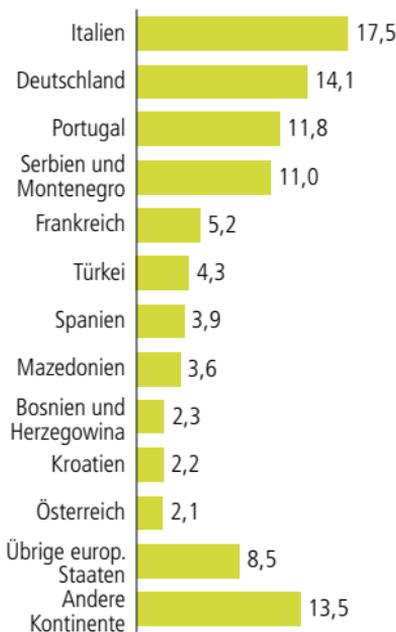
Ausländische Wohnbevölkerung nach Anwesenheitsbewilligung 2008

	in 1000
Total¹	1 763,6
Aufenthalter (Ausweis B)	516,9
Niedergelassene (Ausweis C)	1 103,4
Kurzaufenthalter (≥ 12 Monate) (Ausweis L)	18,6
Internationale Funktionäre und Diplomaten	27,3
Kurzaufenthalter (< 12 Monate) (Ausweis L)	53,1
Asylsuchende (Ausweis N)	17,8
Vorläufig Aufgenommene (Ausweis F)	23,0

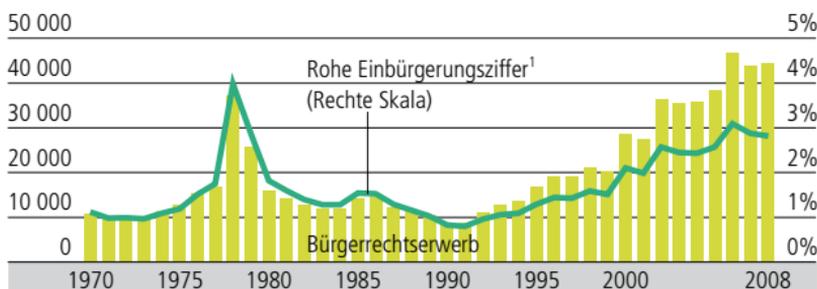
¹ Inkl. Ausgleichsbestand

Ständige ausländische Wohnbevölkerung nach Nationalität 2008

in %



Erwerb des Schweizer Bürgerrechts



¹ Anzahl Bürgerrechtserwerbe in % der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung

Ausländische Bevölkerung: gut die Hälfte ist in der Schweiz geboren oder seit über 15 Jahren hier wohnhaft

Der Ausländeranteil an der ständigen Wohnbevölkerung liegt bei 22%. Über die Hälfte der Einwohner ohne Schweizer Pass (53%) lebt seit mehr als 15 Jahren hier oder ist schon hier geboren. Im Jahr 2008 haben 44 440 Personen (2,8% der ausländischen Wohnbevölkerung) die schweizerische Staatsbürgerschaft erworben, was im europäischen Vergleich eine geringe Zahl ist. Die ausländische Bevölkerung ist jung: Auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis 64 Jahre) entfallen nur deren 11 im Alter ab 65 Jahren (Schweizer: 32). 26% der 2008 in der Schweiz geborenen Kinder besitzen eine ausländische Staatsbürgerschaft. 2008 ist die Zahl der Einwanderungen gegenüber dem Vorjahr um 11% gestiegen. Dabei stammten 63% der Eingewanderten aus dem EU/EFTA-Raum.

Die Formen des Zusammenlebens ändern sich

Immer weniger Leute leben in einem Familienhaushalt mit Kindern: 1970 waren es 70%, heute (2008) sind es 55%. Immer mehr leben allein (7% bzw. 17%) oder in Paarhaushalten ohne Kinder (18% bzw. 26%).

Der Entscheid zu Heirat und Gründung einer Familie fällt immer später: Das Erstheiratsalter hat bei den Frauen von 24 (1970) auf 29 Jahre (2008) zugenommen, bei den Männern von 26 auf 31 Jahre; das Alter der Mütter bei der ersten Geburt ist von durchschnittlich 25 auf 29 Jahre gestiegen.

Das traditionelle bürgerliche «Alleinernährermodell» ist heute die Ausnahme: zwei Drittel der Mütter (66%) sind erwerbstätig – allerdings meist nur teilzeitlich, denn nach wie vor gilt in den meisten Familien: Erwerbsarbeit leisten überwiegend die Väter (in der Regel vollzeitlich), Haus- und Familienarbeit hauptsächlich die Mütter (vgl. S. 48).

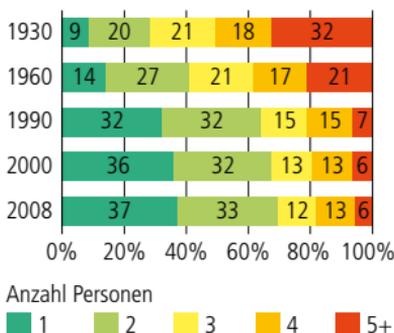
Immer mehr Kinder wohnen nur noch bei einem Elternteil. Dieser Anteil ist bei den 15- bis 19-Jährigen besonders hoch (2008: 17%; 1980: 11%).

Sprachen 2000 ¹	in %
Deutsch	63,7
Französisch	20,4
Italienisch	6,5
Serbisch und Kroatisch	1,5
Albanisch	1,3
Portugiesisch	1,2
Spanisch	1,1
Englisch	1,0
Türkische Sprachen	0,6
Rätoromanisch	0,5
Übrige slawische Sprachen	0,3
Übrige Sprachen	1,9

¹ Bevölkerung nach Hauptsprachen

Haushaltsgrösse

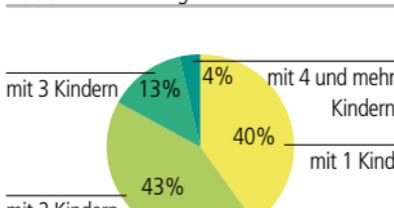
Nur Privathaushalte



Privathaushalte 2008

	in 1000
Total	3 362,1
Einpersonenhaushalte	1 246,7
Familienhaushalte	2 072,2
Paare ohne Kinder	953,8
Paare mit Kindern	905,0
Elternteil mit Kindern	181,3
Einzelperson mit Elternteil	32,1
Nichtfamilienhaushalte	43,2

Familienhaushalte mit Kindern 2000



Religionszugehörigkeit 2000

Religion	in %
Protestantisch ¹	35,3
Römisch-katholisch	41,8
Christkatholisch	0,2
Christlich-orthodox	1,8
Andere christliche Gemeinschaften	0,2
Jüdische Glaubensgemeinschaft	0,2
Islamische Gemeinschaften	4,3
Andere Kirchen und Religionengemeinschaften	0,8
Keine Zugehörigkeit	11,1
Ohne Angabe	4,3

¹ Inkl. Neuapostolische Kirchen und Zeugen Jehovas

Witterung 2008

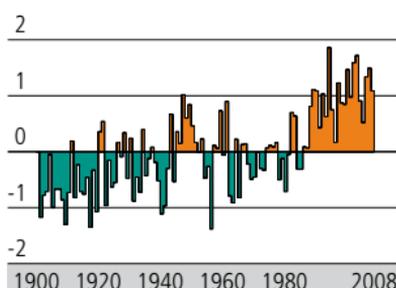
Station	Mittlere Lufttemperatur		Jährliche Niederschlagsmenge		Jährliche Sonnenscheindauer	
	°C	Abw. ¹ in °C	mm	Index ²	Std.	Index ²
Lugano (273 m ü. M.)	12,6	1,0	2 189	142	1 989	98
Basel-Binningen (316)	10,8	1,2	870	112	1 607	101
Genf-Cointrin (420)	10,8	1,0	1 135	117	1 960	116
Neuenburg (485)	10,3	1,0	968	104	1 601	103
Sitten (482)	10,8	1,6	561	94	2 164	109
Zürich / Fluntern (556)	9,6	1,1	1 213	112	1 631	110
Bern-Zollikofen (553)	9,0	0,8	945	92	1 798	110
St. Gallen (776)	8,6	1,2	1 373	110	1 597	115
Davos-Dorf (1594)	3,8	1,0	1 164	108	1 718	102

1 Abweichung vom langjährigen Mittelwert (1961–1990)

2 100 = langjähriger Mittelwert (1961–1990)

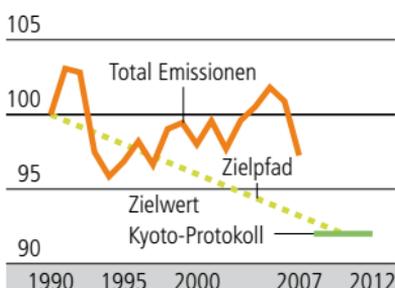
Temperaturabweichung

von Mittelwert 1961–1990, in °C



Treibhausgas-Emissionen

Index 1990=100



Klimawandel

Durch den stetig zunehmenden Ausstoss von Treibhausgasen beeinflusst der Mensch zusehends das Klimasystem der Erde; dies lässt sich an steigenden Temperaturen ausserhalb der natürlichen Schwankungsbereiche ablesen. Die Emissionen stammen hauptsächlich vom Verkehr (insbesondere Strassenverkehr), von den Haushalten (Gebäudebeheizung und Warmwasser) und der Industrie.

Bodennutzung

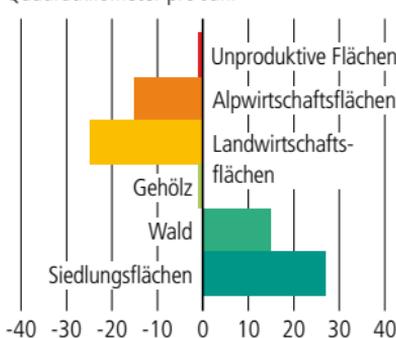
Erhebungsperiode 1992–1997

	km ²	%
Gesamtfläche	41 285	100
Wald, Gehölze	12 716	30,8
Landwirtschaftsflächen	9 873	23,9
Alpwirtschaftsflächen	5 378	13,0
Siedlungsfläche	2 791	6,8
Gewässer	1 740	4,2
Andere unprod. Flächen	8 787	21,3

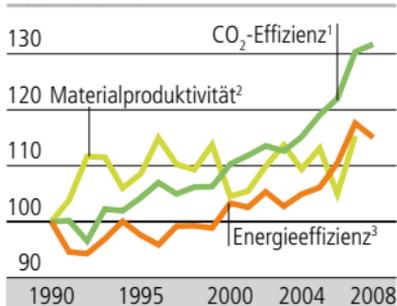
Bodennutzungswandel

Entwicklung 1979/85–1992/97

Quadratkilometer pro Jahr

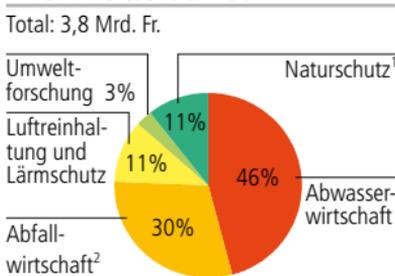


Ökoeffizienz



- 1 BIP / CO₂-Emissionen
- 2 BIP / Totaler Materialaufwand
- 3 BIP / Endenergieverbrauch

Öffentliche Ausgaben im Umweltschutz 2007



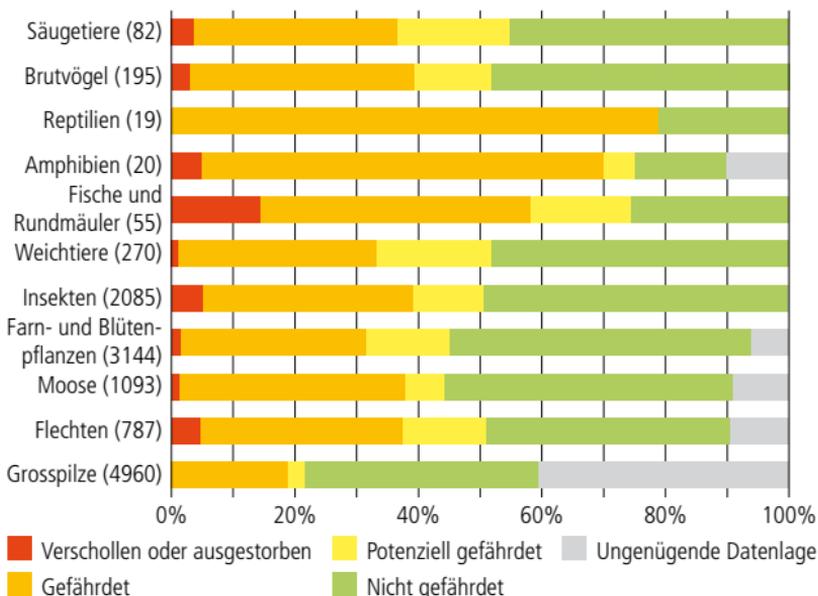
- 1 Inkl. Direktzahlungen an die Landwirtschaft für ökologische Leistungen.
- 2 Ohne Verbrennungsanlagen für Hauskehricht.

Ökoeffizienz

Eine Steigerung der Ökoeffizienz wird dadurch erreicht, dass im Verhältnis zum ausgestossenen CO₂, zur benötigten Energiemenge oder zum globalen Materialaufwand höhere Geldmengen erwirtschaftet werden. Eine steigende Effizienz kann aber auch darauf hindeuten, dass der Dienstleistungssektor auf Kosten des energie-, material- und CO₂-intensiven Industriesektors an Bedeutung gewinnt und dass umweltbelastende Produktionsprozesse ins Ausland verlagert worden sind.

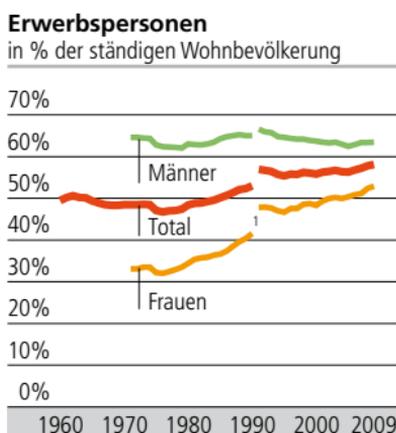
Biodiversität – bedrohte Arten

Stand: 1994–2007 je nach Artengruppe

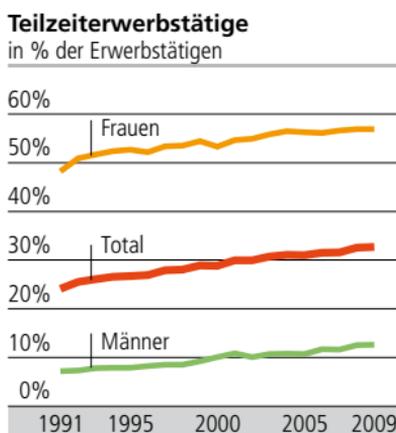


Der landschaftliche Reichtum der Schweiz zeigt sich in einer Vielzahl unterschiedlicher Lebensräume für Pflanzen und Tiere – entsprechend günstig sind die Voraussetzungen für eine hohe Biodiversität. Das Wirken des Menschen übt jedoch grossen Druck auf die biologische Vielfalt aus. Während die landschaftliche Umgestaltung durch den Menschen durchaus auch Lebensräume für neue Arten schafft, führt die weiter zunehmende Uniformisierung und intensivierte Nutzung der Landschaft unweigerlich zu Populationsrückgängen und letztlich zu Artenverlusten.

► www.statistik.admin.ch → Themen → Raum, Umwelt



1 Ab 1991 neue Berechnungsmethode



1 Ab 1975 bzw. 1991 neue Berechnungsmethode

Erwerbstätige nach Erwerbsstatus¹

2. Quartal, ständige Wohnbevölkerung, in 1000

	2008	2009
Total	4 229	4 280
Selbständige	588	557
Mitarbeitende	83	93
Familienmitglieder		
Arbeitnehmende	3 345	3 400
Lehrlinge	213	231

1 Soziologische Definition

Erwerbstätige nach Aufenthaltsstatus und Geschlecht

in 1000

	1991	1995	2000	2006	2007	2008
Total	4 075	3 952	4 080	4 304	4 413	4 500
Schweizer/innen	3 032	2 966	3 100	3 198	3 257	3 291
Ausländer/innen	1 043	986	980	1 106	1 156	1 209
Niedergelassene	556	564	595	573	587	606
Aufenthalter/innen	180	205	183	264	283	321
Saisonniers ¹	72	38	23	–	–	–
Grenzgänger/innen	181	146	143	187	203	212
Kurzaufenthalter/innen	20	17	20	63	63	49
Übrige Ausländer/innen	33	17	16	19	20	21
Männer	2 389	2 282	2 301	2 385	2 447	2 474
Frauen	1 686	1 670	1 779	1 919	1 966	2 026

1 Saisonarbeiterbewilligungen werden seit dem 1.6.2002 nicht mehr ausgestellt

Starke Zunahme der erwerbstätigen Frauen zwischen 2004 und 2009

Zwischen 2004 und 2009 hat die Zahl der erwerbstätigen Frauen (+10,4% auf 1,972 Mio.) stärker zugenommen als diejenige der erwerbstätigen Männer (+6,2% auf 2,308 Mio.). Frauen vereinen zunehmend Berufs- und Familienleben und besetzen mehrheitlich Teilzeitstellen. So arbeiten im 2009 57,2% der Frauen Teilzeit (2004: 56,8%). Von den Männern hingegen sind lediglich 12,9% teilzeitlich erwerbstätig, doch auch bei ihnen hat die Teilzeiterwerbstätigkeit seit 2004 leicht zugenommen (+1,8 Prozentpunkte). Die erhöhte Erwerbsbeteiligung der Frauen wurde auch durch die Tertiärisierung der Wirtschaft begünstigt, denn 87,0% der erwerbstätigen Frauen arbeiten im tertiären Sektor (Männer: 64,5%).

Ausländische Arbeitskräfte

Ein wichtiger Faktor auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt sind die ausländischen Arbeitskräfte. Das starke Wirtschaftswachstum in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wäre ohne den Zustrom der «Gastarbeiter» nicht möglich gewesen. Ihr Anteil übersteigt seit den 60er Jahren stets 20% und beträgt heute 27%. Besonderes Gewicht haben die Ausländerinnen und Ausländer im Industriesektor (2009: 36%; Dienstleistungssektor: 26%).

Fast zwei Drittel der ausländischen Erwerbstätigen (2009: 67%) sind Staatsangehörige eines EU oder EFTA-Landes. Mit 35% ist der Anteil der südeuropäischen Arbeitskräfte am grössten, gefolgt von den Erwerbstätigen aus Nord- und Westeuropa (30%). 21% der ausländischen Erwerbstätigen stammen aus den westlichen Balkanländern und der Türkei.

Von den ausländischen Erwerbspersonen, die in den vergangenen 10 Jahren in die Schweiz eingewandert sind, haben über vier Fünftel (82%) eine Ausbildung auf Sekundarstufe II oder Tertiärstufe abgeschlossen. Bei den Ausländerinnen und Ausländern, die früher zugewandert sind, beträgt der entsprechende Anteil nur 62%.

Arbeitslosigkeit¹

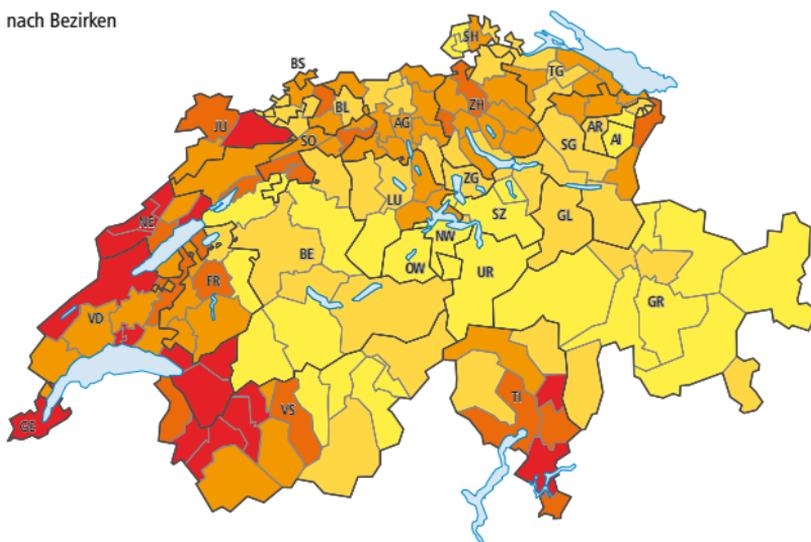
	1991	1995	2000	2008	2009
Arbeitslose	39 222	153 316	71 987	101 725	146 089
Anteil Langzeitarbeitslose ² in %	4,4	28,7	20,1	15,5	13,1
Arbeitslosenquote in %	1,1	4,2	1,8	2,6	3,7
Männer	1,0	3,9	1,7	2,4	3,7
Frauen	1,2	4,8	2,0	2,8	3,7
Schweizer	0,8	3,2	1,3	1,9	2,7
Ausländer	2,1	8,0	3,7	5,0	7,2
15–24 Jahre	1,1	3,9	1,8	3,0	4,6

1 Arbeitslosigkeit gem. SECO – Arbeitslosenquote gemäss internationaler Definition: siehe Seite 26

2 Dauer der Arbeitslosigkeit > 12 Monate

Arbeitslosenquote 2009

nach Bezirken



Anteil der Arbeitslosen (gemäss SECO) an allen Erwerbspersonen, in %



Lohnniveau 2008

Monatlicher Bruttolohn, Median¹

	Total	Anforderungsniveau ²			
		a	b	c	d
Schweiz³	5 823	10 936	6 995	5 622	4 466
Genferseeregion (VD, VS, GE)	5 938	10 880	7 205	5 958	4 593
Mittelland (BE, FR, SO, NE, JU)	5 716	10 273	6 705	5 571	4 528
Nordwestschweiz (BS, BL, AG)	6 095	11 664	7 150	5 844	4 610
Zürich (ZH)	6 250	12 656	7 771	5 678	4 420
Ostschweiz (GL, SH, AR, AI, SG, GR, TG)	5 439	9 286	6 346	5 302	4 372
Zentralschweiz (LU, UR, SZ, OW, NW, ZG)	5 674	10 172	6 588	5 416	4 436
Tessin (TI)	4 983	8 770	5 762	5 195	3 953

¹ Standardisierter Monatslohn: Vollzeitäquivalent basierend auf 4 1/3 Wochen à 40 Arbeitsstunden

² Anforderungsniveau

a = Verrichtung höchst anspruchsvoller und schwierigster Arbeiten

b = Verrichtung selbstständiger und qualifizierter Arbeiten

c = Berufs- und Fachkenntnisse vorausgesetzt

d = Einfache und repetitive Tätigkeiten

³ Privater Sektor und öffentlicher Sektor (Bund) zusammen

Erwerbseinkommen 2008¹

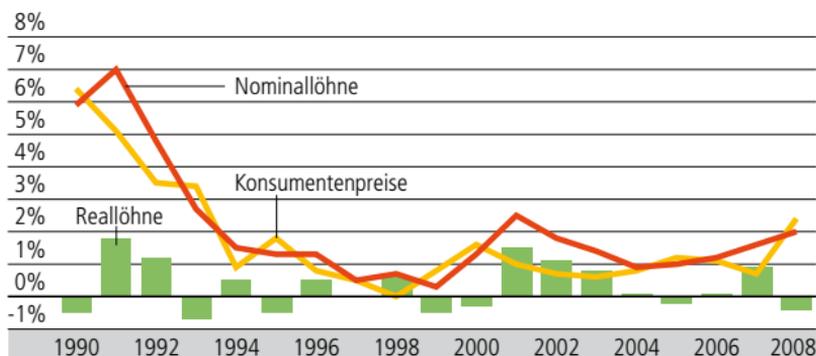
Verteilung in %

	Einkommensklassen (in 1000 Franken pro Jahr, brutto)					Ohne Angabe
	≤ 26	26–52	52–78	78–104	> 104	
Total	16,3	16,9	25,4	15,4	15,2	10,9
Männer, Vollzeit	2,1	7,0	30,4	22,5	26,5	11,5
Frauen, Vollzeit	6,8	20,1	33,7	17,1	10,3	12,1
Männer, Teilzeit	35,0	21,2	17,5	10,4	6,5	9,4
Frauen, Teilzeit	41,4	30,2	13,6	3,6	1,6	9,6

¹ Erwerbstätige, ohne Lehrlinge

Entwicklung der Nominallöhne, der Konsumentenpreise und der Reallöhne

Veränderung gegenüber dem Vorjahr



Entwicklung der Reallöhne

Index 1939 = 100

	1980	1990	2000	2006	2007	2008
Total	254	272	279	289	292	290
Männer	241	257	264	271	274	273
Frauen	279	302	311	326	328	326

Auswirkungen der Finanzkrise auf die Schweizer Wirtschaft

Das Jahr 2008 steht im Zeichen einer Verschärfung der Finanzkrise und ersten Anzeichen eines Übergreifens auf die Gesamtwirtschaft. Entsprechend verlangsamt sich das Wirtschaftswachstum gemessen am Bruttoinlandprodukt (BIP) gegenüber den Vorjahren, es bleibt jedoch im positiven Bereich (+1,8%). Der Bankensektor muss als Folge des Abwärtstrends an den Börsen eine substanzielle Kontraktion hinnehmen. Aufgrund des Einbruchs bei den verwalteten Vermögen und den durchgeführten Transaktionen schrumpft die Wertschöpfung der Branche. Stützend wirkt dabei das weiterhin wachsende Geschäft mit Einlagen und Krediten. Die übrigen Wirtschaftszweige entwickeln sich positiv, auch wenn gewisse Verlangsamungen im Zusammenhang mit dem weniger dynamischen Aussenhandel auftreten.

Die schlechten Ergebnisse der Schweizer Banken im Ausland haben zwar deren Tätigkeit in der Schweiz nicht belastet, aber tiefe Spuren bei den im Ausland erwirtschafteten Vermögenserträgen hinterlassen. Während die Schweiz als Gläubiger gegenüber dem Ausland in der Regel einen Ertragsbilanzüberschuss aufweist, resultiert 2008 ein negativer Saldo. Mit einem Bruttonationaleinkommen (BNE), das zum ersten Mal unter dem BIP liegt, gibt die Schweiz mehr aus als sie verdient.

Das Bruttoinlandprodukt (BIP) und seine Komponenten

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %, zu Preisen des Vorjahres

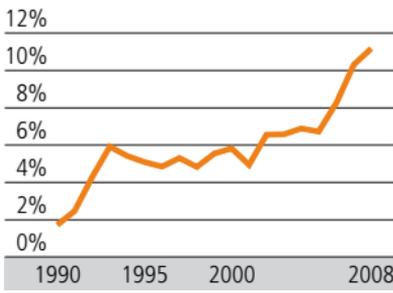
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007 ^p	2008 ^p
BIP	3,6	1,2	0,4	-0,2	2,5	2,6	3,6	3,6	1,8
Konsumausgaben	2,4	2,6	0,3	1,1	1,4	1,6	1,4	2,1	1,4
Bruttoinvestitionen	1,7	-0,0	-0,6	-1,2	3,5	2,4	1,6	-1,0	-2,6
Exporte	12,5	0,5	-0,1	-0,5	7,9	7,8	10,3	9,5	2,9
Importe	10,3	2,3	-1,1	1,3	7,3	6,6	6,5	6,0	0,4
BIP in Milliarden Fr. zu laufenden Preisen	422	430	434	438	451	464	491	521	542

Ausland für Schweizer Wirtschaft immer wichtiger

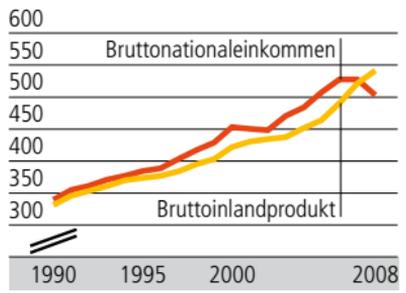
Der Aussenhandel wirkt seit 1997 als Wachstumsmotor. Zeiträume mit einer kräftigen wirtschaftlichen Expansion fallen denn auch mit einem florierenden Aussenhandel zusammen. Die Ausfuhren trugen in wirtschaftlich guten Jahren (1997 bis 2000 und 2004 bis 2007) am meisten zum BIP-Wachstum bei. Durch die dynamischen Exporte ist der Anteil des Aussenbeitrags (Ausfuhren minus Einfuhren) am BIP gewachsen, was die zunehmende Bedeutung der übrigen Welt für die Schweizer Wirtschaft verdeutlicht.

Diese zunehmende Bedeutung zeigt sich auch bei den im Ausland erwirtschafteten Erträgen: Diese spielen eine immer grössere Rolle für das Bruttonationaleinkommen (BNE), das in der Regel höher ausfällt als das BIP. Die Jahre 2007 und 2008 heben sich mit einem deutlich weniger dynamischen BNE von diesem Trend klar ab. Verantwortlich dafür waren die Verluste der Niederlassungen von Schweizer Banken im Ausland.

Anteil des Aussenbeitrags am BIP zu laufenden Preisen

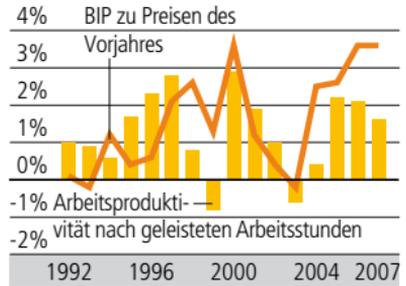


BIP und BNE zu laufenden Preisen in Milliarden Schweizer Franken



Wenn die anhand des BIP gemessene Wirtschaftstätigkeit bekannt ist, kann auch die Effizienz untersucht werden, mit der die Produktionsfaktoren (Arbeit und Kapital) zum Einsatz kommen. Die Effizienz der Arbeit ergibt sich aus der Arbeitsproduktivität nach geleisteten Arbeitsstunden, d.h. aus der Wertschöpfung, die in einer Arbeitsstunde geschaffen wird.

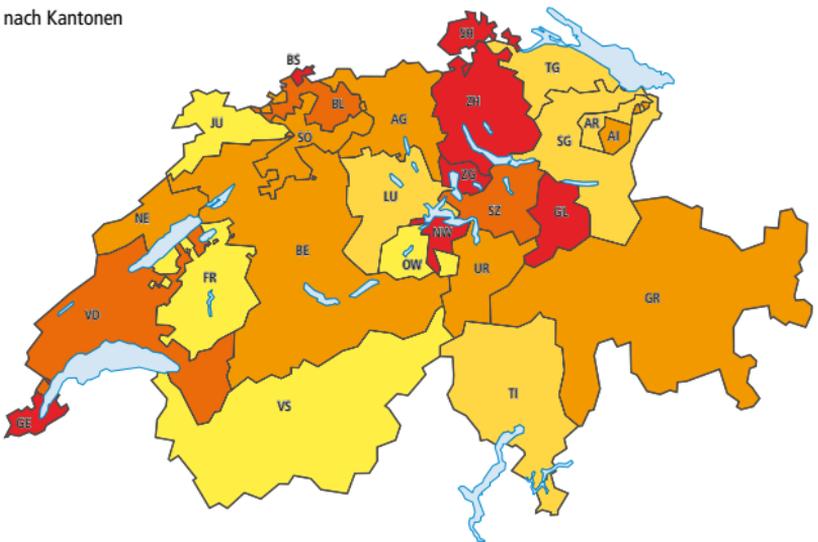
Jährliche Wachstumsrate



Die obenstehende Grafik zeigt die Entwicklung der Arbeitsproduktivität nach geleisteten Arbeitsstunden und den Verlauf des BIP. Im Allgemeinen sind bei diesen beiden Kurven ähnliche Trends auszumachen. In einer Expansionsphase (wachsendes BIP) steigt meistens auch die Arbeitsproduktivität nach geleisteten Arbeitsstunden, in einer Phase der konjunkturellen Verlangsamung (stagnierendes oder rückläufiges BIP) nimmt auch die Arbeitsproduktivität nach geleisteten Arbeitsstunden ab.

Volkseinkommen der Kantone, 2005P

nach Kantonen



Pro Kopf in Franken

CH: 54 031



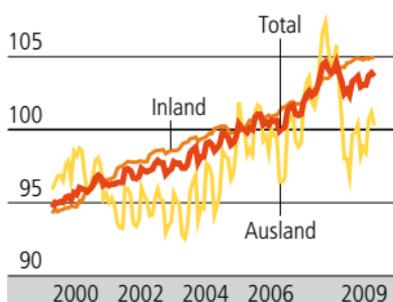
Entwicklung der Konsumentenpreise

Veränderung der Jahresdurchschnitte in %

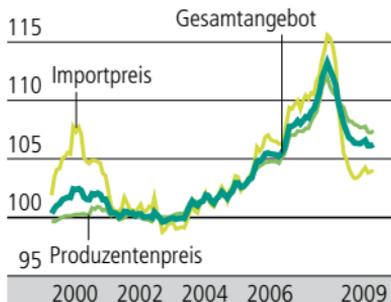
	2005	2006	2007	2008	2009
Total	1,2	1,1	0,7	2,4	-0,5
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	-0,7	0,0	0,5	3,1	-0,2
Alkoholische Getränke und Tabak	4,7	1,1	2,1	2,6	2,7
Bekleidung und Schuhe	-0,1	1,9	0,3	4,0	2,4
Wohnen und Energie	3,0	2,8	2,1	4,9	-1,1
Hausrat und laufende Haushaltsführung	0,0	0,1	0,3	0,8	0,8
Gesundheitspflege	0,6	0,0	-0,2	-0,2	0,3
Verkehr	3,4	2,8	1,0	3,5	-3,3
Nachrichtenübermittlung	-5,7	-6,9	-3,0	-2,9	-4,9
Freizeit und Kultur	-0,6	-0,2	-0,5	0,6	-0,6
Erziehung und Unterricht	1,1	1,6	1,6	1,5	1,6
Restaurants und Hotels	1,1	1,2	1,4	2,3	1,7
Sonstige Waren und Dienstleistungen	0,9	0,9	0,1	0,8	0,5

Konsumentenpreise nach Herkunft der Güter

110 Index, Dezember 2005 = 100

**Produzenten- und Importpreisindex**

120 Index, Mai 2003 = 100

**Preisniveauidizes im internationalen Vergleich 2008^P**

EU-27 = 100

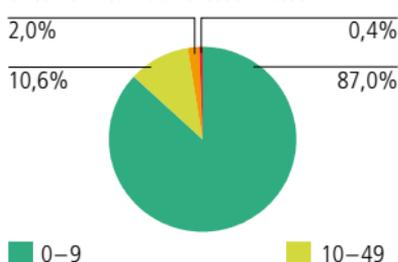
	Schweiz	Deutschland	Frankreich	Italien
Bruttoinlandprodukt	127	105	112	103
Tatsächlicher Individualverbrauch	134	103	111	107
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	138	106	105	115
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	97	99	111	108
Bekleidung und Schuhe	123	105	94	108
Wohnungswesen, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe	171	110	126	104
Innenausstattung, Ausrüstungsgegenstände und Haushaltsführung	107	99	106	104
Gesundheitspflege	134	105	111	115
Verkehr	103	105	103	97
Nachrichtenübermittlung	93	93	117	106
Freizeit und Kultur	118	102	110	108
Erziehung und Unterricht	184	98	115	116
Gaststätten und Hotels	122	99	117	105
Sonstige Waren und Dienstleistungen	133	103	110	104
Tatsächlicher Kollektiververbrauch	142	113	131	117
Bruttoanlageinvestitionen	117	113	110	88
Maschinen und Geräte	101	104	99	102
Baugewerbe	141	123	117	78
Software	105	95	102	98

Fortgesetzter Strukturwandel, anhaltende Dominanz der KMU

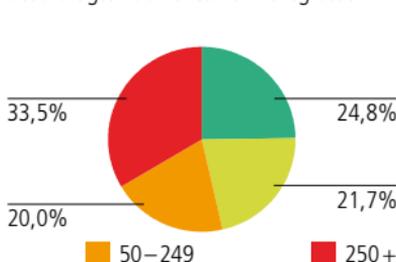
Der Anteil des Tertiärsektors an der Gesamtbeschäftigung stieg zwischen 1998 und 2008 von 66,5% auf 69,2% (nur marktwirtschaftliche Unternehmen). Insgesamt sind rund 464 000 neue Stellen entstanden – 62 000 im sekundären und 403 000 im tertiären Sektor (das entspricht einem Wachstum von 6,1% bzw. 20,1%). Am meisten zugelegt haben Gesundheits- und Sozialwesen (um 115 000 bzw. 42%) sowie Unternehmensbezogene Dienstleistungen (um 96 000 bzw. 37%); einzelne Wirtschaftszweige haben Beschäftigungseinbussen hinnehmen müssen: am deutlichsten Papier-, Verlags-, Druckgewerbe (–12 000 bzw. –17%) sowie Textilindustrie (–11 000 bzw. –37%). Weiterhin ungebrochen ist die Dominanz der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), der Unternehmen also mit weniger als 250 Beschäftigten. Die KMU machen 99,6% der privatwirtschaftlichen Unternehmen aus, zwei Drittel der Beschäftigten sind in ihnen tätig (2008).

Unternehmensgrösse¹ 2008

Unternehmen nach Grössenklassen



Beschäftigte nach Unternehmensgrösse



¹ Nur marktwirtschaftliche Unternehmen. Die Grösse der Unternehmen bemisst sich nach der Zahl der Vollzeitäquivalente (Teilzeit- auf Vollzeitstellen umgerechnet).

Marktwirtschaftliche Unternehmen, Beschäftigte nach Branchen

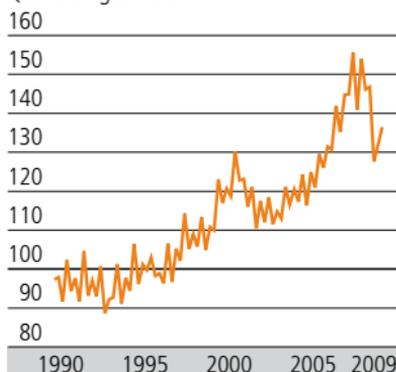
NOGA 2002, in 1000	1998		2008	
	Unternehmen	Beschäftigte	Unternehmen	Beschäftigte
Total	301,4	3 015,5	310,0	3 479,4
Sektor 2	75,0	1 011,6	74,4	1 073,2
Bergbau	0,3	5,0	0,2	4,4
Verarbeitendes Gewerbe, Industrie	40,3	702,1	37,3	733,0
davon:				
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	2,7	65,7	2,2	66,1
Papier-, Verlags-, Druckgewerbe	4,8	70,4	4,0	58,2
Mineralölverarbeitung, chem. Industrie	0,8	63,0	0,9	71,8
Metallindustrie	8,0	99,6	7,8	110,0
Maschinenbau	3,5	111,9	3,3	105,8
Elektro-, feinmechanische Industrie	4,9	133,6	4,9	170,2
Energie- und Wasserversorgung	0,3	21,3	0,5	25,4
Baugewerbe	34,0	283,3	36,4	310,4
Sektor 3	226,4	2 003,9	235,6	2 406,2
Handel; Reparatur von Gebrauchsgütern	76,1	610,4	69,2	657,5
Gastgewerbe	25,7	220,4	25,6	226,3
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	11,0	231,0	10,8	252,5
Kredit- und Versicherungsgewerbe	4,3	187,0	7,6	218,3
Immobilienwesen, Vermietung bew. Sachen	4,4	21,8	6,3	40,8
IT-Tätigkeiten, Forschung und Entwicklung	7,8	47,5	12,0	85,1
Unternehmensbezogene Dienstleistungen	51,9	262,9	58,4	359,0
Öff. Verwaltung; Sozialversicherung; Unterrichtswesen	4,4	54,2	4,5	66,4
Gesundheits- und Sozialwesen	19,9	277,8	20,5	393,2
Sonstige Dienstleistungen für Dritte	20,9	90,9	20,7	107,3

Neugründungen von Unternehmen 2007

Wirtschaftsabteilungen	Neue Unternehmen	Geschaffene Stellen	Geschaffene Vollzeitstellen	Geschaffene Teilzeitstellen
Total	11 837	22 841	15 651	7 190
Sektor 2	2 419	5 004	4 069	935
Industrie	937	2 008	1 518	490
Baugewerbe	1 482	2 996	2 551	445
Sektor 3	9 418	17 837	11 582	6 255
Handel	2 290	4 068	2 686	1 382
Gastgewerbe	255	913	541	372
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	504	963	678	285
Kredit- und Versicherungsgewerbe	583	1 162	872	290
Immobilienwesen, Dienstleistungen für Unternehmen	3 807	6 817	4 402	2 415
Informatikdienstleistungen	956	1 638	1 209	429
Unterrichtswesen	151	351	123	228
Gesundheits- und Sozialwesen	290	832	408	424
Sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen	582	1 093	663	430

Produktion im sekundären Sektor

Index: Jahresdurchschnitt 1995 = 100
 Quartalsergebnisse



Insgesamt ist die Produktion im sekundären Sektor (ohne Baugewerbe) zwischen 1990 und 2008 um 52% gewachsen. Die Entwicklung ist stark konjunkturabhängig. So sank die Produktion in den Rezessionsjahren 2002 und 2003 und stieg mit der guten Konjunkturlage ab 2004 wieder an. In Folge der globalen Finanzkrise brach sie Ende 2008 erneut ein.

Detailhandelsumsätze

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

		2004	2005 ²	2006	2007	2008
		Total	nominal	2,1	1,3	1,6
	real¹	1,4	1,7	1,9	4,0	2,9
Nahrungsmittel, Getränke,	nominal	1,8	0,2	1,1	2,9	7,8
Tabak und Raucherwaren	real ¹	0,9	0,2	1,0	2,4	4,6
Bekleidung, Schuhe	nominal	-0,5	3,6	1,8	4,5	0,9
	real ¹	2,4	3,8	-0,1	4,2	-3,0
Übrige Gruppen	nominal	2,8	0,9	1,8	3,8	3,0
	real ¹	1,5	1,1	3,4	5,0	4,0

¹ Preisbereinigt anhand des Landesindex der Konsumentenpreise

² Ab 2005 «Total» und «Übrige Gruppen» ohne «Motorfahrzeuge» und «Treib- und Brennstoffe»

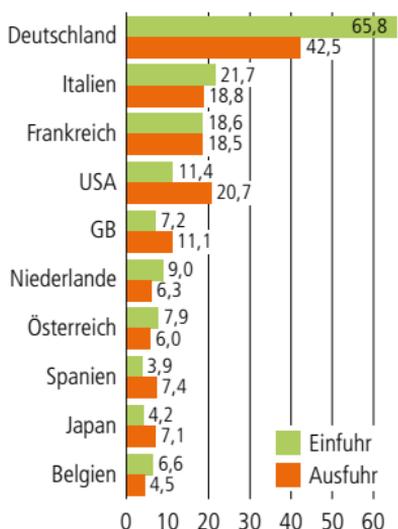
Arbeitskosten

Die Arbeitskosten umfassen die Gesamtheit der von den Arbeitgebern im Zusammenhang mit der Beschäftigung von Arbeitskräften getragenen Aufwendungen und machen in der Regel den grössten Anteil der Produktionskosten aus. Sie setzen sich in der Schweiz wie folgt zusammen: 83,4% entfallen auf Löhne und Gehälter, 15,0% auf Sozialbeiträge der Arbeitgeber und 1,6% auf Kosten für die berufliche Bildung und die Personalrekrutierung sowie auf sonstige Aufwendungen (2008).

Die Arbeitskosten bilden einen Schlüsselindikator zum Vergleich der Attraktivität der einzelnen Wirtschaftsstandorte und variieren stark von Land zu Land. Die Schweiz bildet mit € 33.81 pro geleistete Arbeitsstunde (2006) zusammen mit Dänemark (€ 33.1), Island (€ 32.4) und Schweden (€ 32.2) eine Spitzengruppe. Die Nachbarländer der Schweiz, deren Arbeitskosten das EU-15 Mittel übersteigen (Frankreich, Deutschland und Österreich), verzeichnen Werte zwischen € 26 und € 31.

Aussenhandel: die wichtigsten Partner 2008

in Milliarden Franken



Die Schweiz gehört zu den Ländern mit den höchsten Anteilen des Aussenhandels am Bruttoinlandprodukt. Die wichtigsten Handelspartner der Schweiz sind die Industrieländer, mit denen 76,5% der Warenausfuhren und 87,6% der Wareneinfuhren getätigt wurden. Von besonderem Gewicht ist dabei die EU (60,9% der Ausfuhr, 78,8% der Einfuhr).

Aussenhandel: die wichtigsten Güter

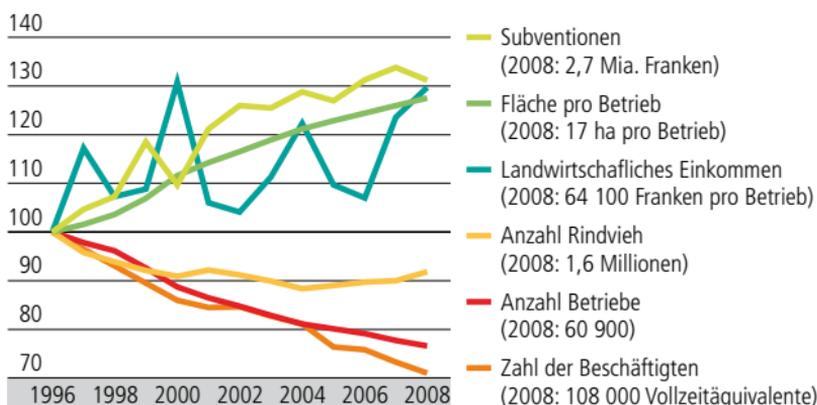
in Millionen Franken

	Einfuhr			Ausfuhr		
	1990	2007	2008	1990	2007	2008
Total	96 611	193 216	197 521	88 257	206 252	215 984
davon:						
Land- und forstwirtschaftliche Produkte	8 095	13 403	14 199	2 998	7 463	8 455
Textilien, Bekleidung, Schuhe	8 806	10 040	10 040	4 984	4 637	4 468
Chemikalien	10 625	41 260	38 272	18 422	68 811	71 918
Metalle	9 025	18 477	18 089	7 537	15 498	15 276
Maschinen, Elektronik	19 794	35 118	35 611	25 527	43 065	43 806
Fahrzeuge	10 230	17 098	16 750	1 485	5 723	6 094
Instrumente, Uhren	5 786	13 678	15 139	13 330	35 388	37 988

Die landwirtschaftlich genutzten Flächen und die Waldflächen bedecken 37% resp. 31% der Schweizer Landesfläche. Die Landschaft wird also stark von der Land- und Forstwirtschaft geprägt. Zusätzlich zur Produktion von Nahrungsmitteln, Baumaterialien oder erneuerbarer Energie tragen diese beiden Branchen ebenfalls zur Erhaltung der dezentralisierten wirtschaftlichen Tätigkeit, der landschaftlichen Vielfalt und der Biodiversität bei. 2008 trugen diese beiden Branchen zusammen 1,2% zur Bruttowertschöpfung der Schweizer Wirtschaft bei.

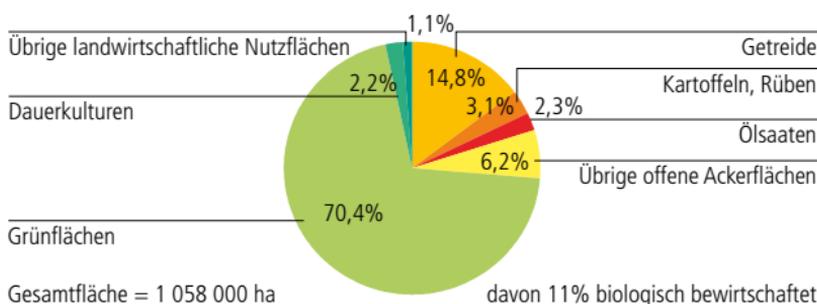
Einige Schlüsselindikatoren der Landwirtschaft

Index 1996=100



Nutzung der landwirtschaftlichen Nutzfläche 2008

ohne Sömmerungsweiden



Produktionswert¹

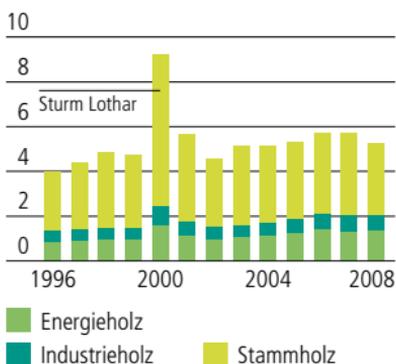
der Landwirtschaft 2008

	in %
Pflanzliche Erzeugung	41,4
Getreide	4,1
Futterpflanzen	11,1
Erzeugnisse des Gemüse- und Gartenbaus	12,6
Obst und Weintrauben	4,8
Wein	4,1
Sonstige pflanzliche Erzeugnisse	4,8
Tiere und tierische Erzeugnisse	49,8
Rinder	11,5
Schweine	10,3
Milch	23,7
Sonstige Tiere und tierische Erzeug.	4,3
Landwirtschaftliche Dienstleistungen	5,8
Nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeiten	3,1

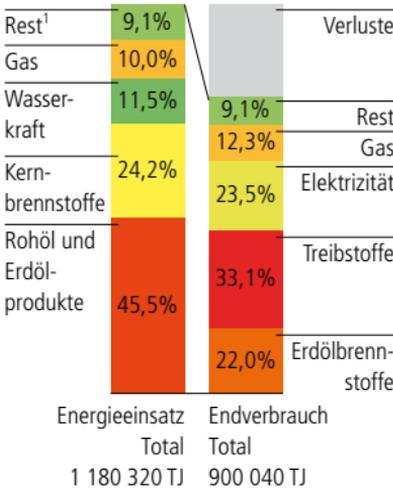
1 Gesamtwert = 11 Milliarden Franken

Holzernte

in Millionen m³



Energieeinsatz und Endverbrauch 2008

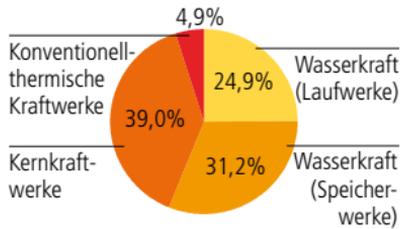


¹ Inkl. Ausfuhrüberschuss an Elektrizität (0,3%)
Total 100,3%

Wachsender Verbrauch

Der Endenergieverbrauch ist eng gekoppelt an Entwicklungen in Wirtschaft und Bevölkerung. Zunehmende Einwohnerzahlen, grössere Wohnungen, wachsende Produktion, steigender Konsum, schwerere Motorfahrzeuge usw. führen trotz verbesserter Energieeffizienz zu einem Mehrverbrauch an Energie. Die grösste der Verbrauchergruppen ist der Verkehr mit rund einem Drittel des Endenergieverbrauchs. Über zwei Drittel des Endverbrauchs wird mit fossilen Brennstoffen gedeckt. Nur gerade 18,5% stammt aus erneuerbaren Energien, vorwiegend aus Wasserkraft.

Elektrizitätsproduktion 2008 nach Kraftwerkategorie



Total: 67,0 Mrd. kWh

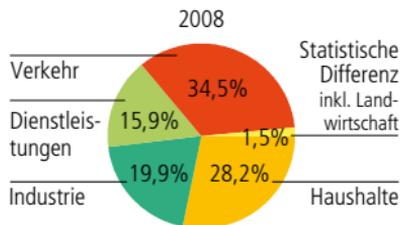
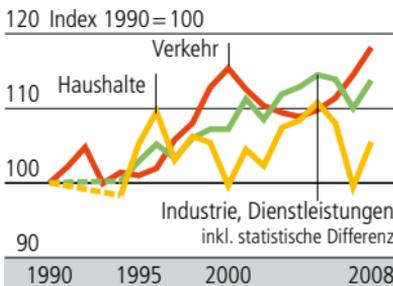
Erneuerbare Energien 2008

Anteil am Endverbrauch	in %
Wasserkraft	12,08
Sonnenenergienutzung	0,15
Umweltwärmenutzung	0,90
Biomassenutzung (Holz und Biogas)	3,90
Windenergienutzung	0,01
Nutzung erneuerbarer Anteile aus Abfall	1,20
Energienutzung in Abwasserreinigungsanlagen	0,20
Biotreibstoffe	0,07

Endenergieverbrauch in 1000 TJ



Endenergieverbrauch nach Verbrauchergruppen



► www.statistik.admin.ch → Themen → Energie

► www.bfe.admin.ch (Bundesamt für Energie) → Themen → Energiestatistiken

	in Millionen Franken, zu Preisen von 2000				
	1980	1990	2000	2007	2008
Total	34 198	47 588	43 708	45 792	45 958
Öffentliche Ausgaben	11 389	14 507	15 983	14 433	14 909
Tiefbau	6 791	7 740	10 060	8 849	9 432
davon Strassen	5 221	3 949	4 115
Hochbau	4 599	6 767	5 923	5 584	5 476
Übrige Ausgaben	22 809	33 081	27 725	31 359	31 048
davon Wohnen	17 147	20 760	20 409

Wohnungsbau

	1980	1990	2000	2007	2008
Neu erstellte Gebäude mit Wohnungen	20 806	16 162	16 962	17 051	16 678
davon Einfamilienhäuser	16 963	11 200	13 768	11 982	11 320
Neu erstellte Wohnungen mit...	40 876	39 984	32 214	42 915	44 191
1 Zimmer	2 122	2 010	528	490	635
2 Zimmern	4 598	5 248	1 779	2 724	3 413
3 Zimmern	7 094	8 937	4 630	7 977	9 174
4 Zimmern	11 557	12 487	10 783	15 598	16 151
5 Zimmern oder mehr	15 505	11 302	14 494	16 126	14 818

Wohnungsbestand

	1980	1990	2000	2007	2008
Bestand Ende Jahr	2 702 656	3 140 353	3 574 988	3 835 370	3 880 087
davon leer stehend in %	0,74	0,55 ¹	1,26 ¹	0,97 ¹	0,90 ¹

¹ Am 1. Juni des Folgejahres

Trend zu grösseren Wohnungen ...

Die Zahl der Wohnungen wächst schneller als die der Bevölkerung. Zwischen 1990 und 2000 beträgt die Zunahme der Wohnungen 8%, diejenige der Bevölkerung 6%. Die durchschnittliche Personenzahl pro bewohnte Wohnung sank damit von 2,4 auf 2,3. Gleichzeitig stieg die durchschnittliche Wohnfläche pro Person von 39 m² auf 44 m².

... und zu Einfamilienhäusern

Der Anteil der Einfamilienhäuser am gesamten Gebäudebestand nahm zwischen 1970 und 2000 von 40% auf 56% zu. Von den neu erstellten Gebäuden mit Wohnungen sind heute (2008) 68% Einfamilienhäuser. Dies trotz entgegengesetzter Bemühungen in der Raumplanungspolitik und trotz Verknappung des Baugrundes.

Weiterhin niedrige Wohneigentumsquote

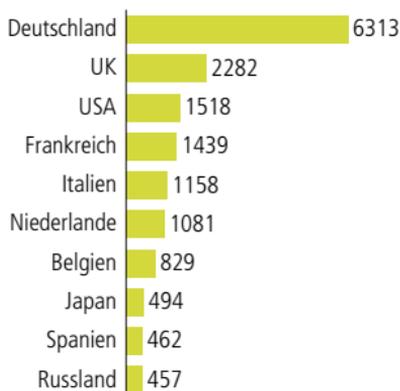
Der überwiegende Teil der Wohnungen (73,3%) gehört Privatpersonen (2000) – nicht, wie häufig vermutet, juristischen Personen. Dennoch ist die Wohneigentumsquote in der Schweiz relativ niedrig: Nur 34,6% aller dauernd bewohnten Wohnungen wurden 2000 von ihren Eigentümern selbst genutzt. Das ist der weitaus geringste Anteil unter allen europäischen Ländern. Immerhin hat die Wohneigentumsquote seit 1970 etwas zugenommen, was hauptsächlich der raschen Zunahme des Stockwerkeigentums zu verdanken ist.

Wichtige Indikatoren des Tourismus

	2000	2007	2008
Angebot (Betten) ¹			
Hotel- und Kurbetriebe	264 495	270 146	270 487
Nachfrage: Ankünfte in 1000			
Hotel- und Kurbetriebe	13 894	15 633	15 997
Campingplätze	...	720	834
Jugendherbergen	...	461	490
Nachfrage: Logiernächte in 1000			
Hotel- und Kurbetriebe	35 020	36 365	37 334
Ausländische Gäste in %	58	58	58
Campingplätze	...	2 772	2 987
Ausländische Gäste in %	...	48	48
Jugendherbergen	804	912	978
Ausländische Gäste in %	46	42	45
Aufenthaltsdauer Nächte			
Hotel- und Kurbetriebe	2,5	2,3	2,3
Campingplätze	...	3,8	3,6
Jugendherbergen	...	2,0	2,0
Bruttoauslastung der Hotel- und Kurbetriebe			
in % der vorhandenen Betten ¹	36,2	36,9	37,7
Fremdenverkehrsbilanz in Millionen Franken			
Einnahmen von ausländischen Gästen in der Schweiz	11 223	14 621	15 605 ^P
Ausgaben von Schweizern im Ausland	9 167	12 120	11 838 ^P
Saldo	2 057	2 501	3 767 ^P

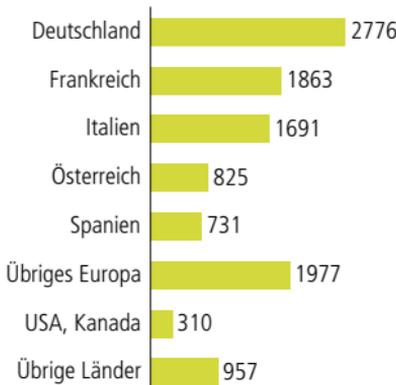
¹ Gesamtzahl der in geöffneten und vorübergehend geschlossenen Betrieben vorhandenen Betten im Jahresdurchschnitt

Logiernächte ausländischer Gäste in der Schweiz¹ 2008



¹ in 1000, ohne Parahotellerie

Reiseziele der Schweizer¹ 2008



¹ Ständige Wohnbevölkerung, Reisen ins Ausland mit Übernachtungen, in 1000; Total: 11,1 Mio.

Reiseverhalten

83,5% der in der Schweiz lebenden Personen unternahmen im Jahr 2008 mindestens eine Reise mit Übernachtung. Genauer gesagt machte jede Person durchschnittlich 3,2 Reisen mit Übernachtung und 12,7 Tagesreisen. Mehr als die Hälfte (57%) der Reisen mit Übernachtung waren Kurzreisen (maximal 3 Übernachtungen). Auslandsreisen machten 8% der Tagesreisen und 56% der Reisen mit Übernachtung aus.

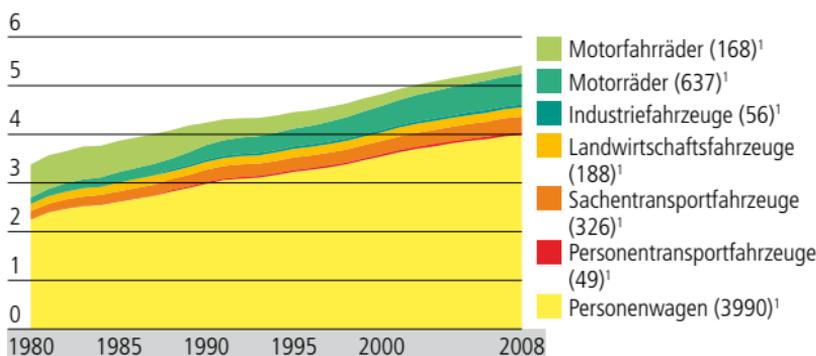
Infrastruktur

Rund ein Drittel der Siedlungsflächen entfällt auf den Verkehr (gemäss Arealstatistik 1992/97).

Im Jahre 2007 beträgt die Streckenlänge des Schienennetzes 5107 km, der Nationalstrassen 1764 km (davon Autobahnen 1383 km), der Kantonsstrassen 18 160 km und der Gemeindestrassen (Stand 1984) 51 446 km.

Bestand der Strassenmotorfahrzeuge

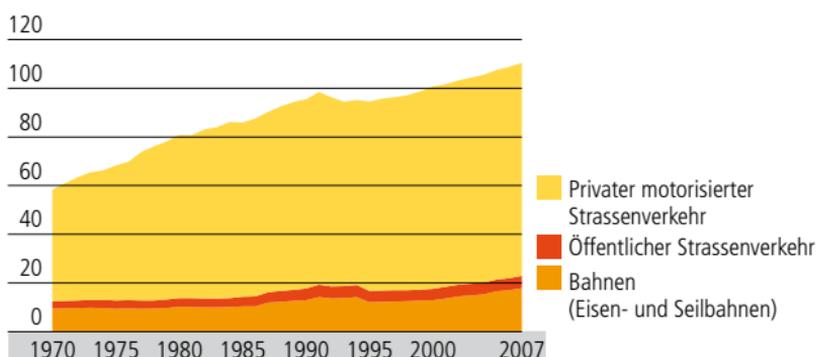
in Millionen



1 In Klammern: Bestand 2008, in 1000

Verkehrsleistungen im Personenverkehr

in Mrd. Personen-km/Jahr



Tagesmobilität 2005

Durchschnitt pro Person und Tag¹

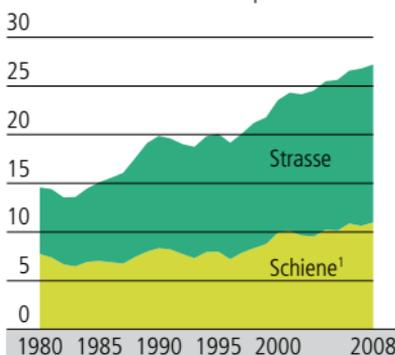
	Tagesdistanz in km	Wegzeit in Min. ²		Tagesdistanz in km	Wegzeit in Min. ²
Total	38,2	98,4	Verkehrsmittel		
Verkehrszweck			Zu Fuss	2,1	36,9
Arbeit und Ausbildung	10,6	22,3	Fahrrad (Velo)	0,8	4,3
Einkauf	4,4	13,3	Motorfahrrad (Mofa)	0,1	0,2
Service- und Begleitung	0,5	1,0	Motorrad	0,6	1,3
Geschäftliche Tätigkeit,	3,3	6,4	Auto	25,5	38,4
Dienstfahrt			Bus/Tram	1,5	6,1
Freizeit	16,8	50,0	Postauto	0,2	0,4
Unbestimmt	2,5	5,4	Bahn	6,2	7,2
			Andere	1,2	3,6

1 Tagesmobilität der ständigen Wohnbevölkerung im Alter von 10 Jahren und mehr in der Schweiz

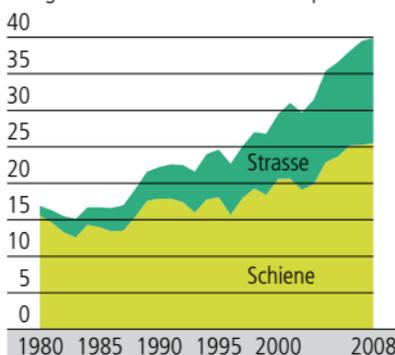
2 Inkl. Wartezeit

Güterverkehr

Gesamter Verkehr, Verkehrsleistungen in Milliarden Tonnenkilometer pro Jahr

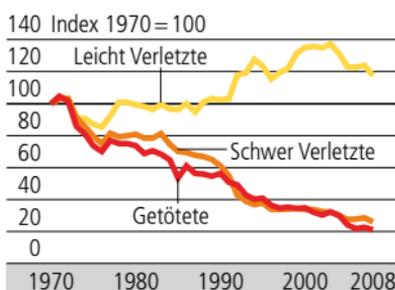


Alpenquerender Verkehr, Verkehrsmengen in Millionen Nettotonnen pro Jahr



1 Nettotonnenkilometer ohne Gewicht der Sachtransportfahrzeuge (inkl. Anhänger), Container und Wechselbehälter im kombinierten Verkehr

Verunfallte im Strassenverkehr



Verunfallte nach Verkehrsträgern 2008

Strassenverkehr	
Getötete Personen	357
Schwerverletzte Personen	4 780
Leichtverletzte Personen	20 776
Eisenbahnverkehr	
getötete Personen	24
Luftverkehr	
getötete Personen in der Schweiz	16

Kosten des Verkehrs

Die volkswirtschaftlichen Kosten des Verkehrs, also die von den Verursachern, der öffentlichen Hand oder Drittpersonen tatsächlich bezahlten Beträge, lagen 2005 bei 82 Milliarden Franken. Die Mobilität kostet uns somit mehr als etwa das Gesundheitswesen oder das öffentliche Bildungssystem. Zu diesen Kosten trägt der Strassenverkehr rund sechsmal mehr bei als der Schienenverkehr. Beim Strassenpersonenverkehr (Personenwagen) belaufen sich die Kosten pro Personenkilometer auf 54 Rappen, beim Schienenverkehr auf 40 Rappen. Im Güterverkehr betragen die Kosten pro Tonnenkilometer beim schweren Strassenverkehr 57, beim Schienenverkehr 24 Rappen. Rund 7,9 der 82 Milliarden Franken sind externe Kosten, welche von anderen Personen als den Verursachern getragen werden (dazu gehören insbesondere Folgekosten in Form von Umwelt- und Gesundheitsschäden, aber auch von Gebäudeschäden und Wertverminderungen).



	Jahr ¹	Schweiz	Deutschland	Griechenland
Einwohner (Jahresbeginn) in 1000	2008	7 593	82 218	11 214
Einwohner je km ²	2008	184	230	85
Anteil Personen unter 20 in %	2008	21,5	19,4	19,5
Anteil Personen über 64 in %	2008	16,4	20,1	18,6
Geburten je 1000 Einwohner	2008	10,1	8,3	10,5
Nichteheliche Geburten in %	2007	16	31	6
Eheschliessungen je 1000 Einwohner	2008	5,4	4,6	4,6
Scheidungen je 1000 Einwohner	2008	2,6	2,3	1,2
Wanderungssaldo je 1000 Einwohner	2007	9,4	0,5	3,6
Ausländeranteil (in % der Bevölkerung)	2008	21,1	8,8	8,1
Personen je Privathaushalt	2001	2,2	2,2	2,8
25 – 64 Jährige mit Tertiärabschluss in %	2007	31	24	22
Internet-Zugang der Haushalte in %	2007	70	71	25
Lebenserwartung ² Männer in Jahren	2007	79,5	77,4	77,0
Lebenserwartung ² Frauen in Jahren	2007	84,4	82,7	81,8
Säuglingssterblichkeit ³	2007	3,9	3,9	3,5
Praktizierende Ärzte je 100 000 Einwohner	2007	379	346	...
Kosten des Gesundheitswesens in % des BIP	2007	10,8	10,4	9,6
Ausgaben für Soziale Sicherheit in % des BIP	2007	27,3	27,7	24,4
Landwirtschaftsfläche in % der Gesamtfläche	2000	36,9	53,5	66,0
Waldfläche in % der Gesamtfläche	2000	30,8	29,5	22,8
Treibhausgasemissionen in CO ₂ -Äquivalenten (t pro Einwohner)	2006	6,8	11,6	11,8
Personenwagen je 1000 Einwohner	2007	525	566	369
Strassenverkehrsunfälle: Getötete je 1 Mio. Einwohner	2007	51	60	144
Erwerbstätige in der Landwirtschaft in %	2006	3,8	2,2	12,0
Erwerbstätige in der Industrie in %	2006	22,9	29,8	22,0
Erwerbstätige in den Dienstleistungen in %	2006	72,9	68,0	65,9
Erwerbsquote Frauen (15 – 64 Jahre)	2008	73,5	65,4	48,7
Erwerbsquote Männer (15 – 64 Jahre)	2008	85,4	75,9	75,0
Arbeitslosenquote (gemäss internationaler Definition)	2008	3,4	7,5	7,7
Frauen	2008	4,0	7,5	11,4
Männer	2008	2,8	7,4	5,1
15 – 24 Jahre	2008	7,0	10,5	22,1
Langzeitarbeitslose in % der Arbeitslosen	2008	33,6	52,6	47,5
Teilzeiterwerbstätige Frauen in % ⁴	2008	57,3	45,4	9,9
Teilzeiterwerbstätige Männer in % ⁴	2008	12,8	9,4	2,8
Wöchentliche Arbeitszeit in Stunden	2008	41,7	40,4	40,8
Aussenhandel (Güter und Dienstleistungen) in % des BIP	2007	51,3	43,4	28,3
BIP in Kaufkraftstandards pro Einwohner (in US\$)	2008	41 600	35 600	29 800
BIP mittleres reales Wachstum pro Jahr in %	1998 – 2008	2,0	1,5	4,0
Inflationsrate	2008	2,3	2,8	4,2
Öffentlicher Überschuss/Defizit in % des BIP	2006	1,0	–1,5	...
Öffentliche Verschuldung in % des BIP	2006	47,2	67,6	...

1 Oder letztes verfügbares Jahr

2 Bei Geburt

3 Im ersten Lebensjahr gestorbenen Kinder je 1000 Lebendgeburten

4 Der erwerbstätigen Frauen bzw. Männer



Spanien	Frankreich	Italien	Niederlande	Österreich	Schweden	Ver. König.	EU-27
45 283	63 614	59 619	16 405	8 332	9 183	60 781	497 445
87	101	196	395	99	21	249	112
19,7	24,9	19,0	24,0	21,3	23,7	24,1	21,7
16,6	16,3	20,0	14,7	17,1	17,5	16,0	16,4
11,5	13,0	9,7	11,3	9,3	11,9	13,0	10,9
28	52	21	40	38	55	44	32
4,5	4,3	4,1	4,6	4,2	5,2	4,4	4,9
2,8	2,2	0,9	2,0	2,5	2,3	2,4	2,0
15,6	4,8	8,4	-0,1	2,2	5,9	2,9	...
11,6	5,8	5,8	4,2	10,3	5,7	6,6	6,2
2,9	2,4	2,6	2,3	2,4	...	2,4	...
29	27	14	30	18	31	31	23
45	49	43	83	60	79	67	54
77,8	77,3	78,5	78,1	77,5	79,0	77,3	75,8
84,3	84,4	84,2	82,5	83,1	83,0	81,7	82,0
3,7	3,8	5,5	4,1	3,7	2,5	4,8	4,7
368	338	...	315	374	357	249	...
8,5	11,0	8,7	9,8	10,1	9,1	8,4	...
21,0	30,5	26,7	28,4	28,0	29,7	25,3	26,2
58,8	55,7	44,4	56,6	40,4	7,3	69,4	...
33,3	31,1	22,7	7,8	40,9	73,5	11,5	...
9,9	8,4	9,3	12,7	10,6	7,2	10,5	...
481	490	600	492	512	467	463	...
94	76	87	48	83	52	50	...
4,9	3,7	4,2	3,3	5,6	2,3	1,3	5,7
29,5	24,3	29,8	20,4	28,1	22,0	22,0	27,7
65,6	71,1	66,0	76,3	66,3	75,8	76,7	66,6
54,9	60,1	47,2	71,1	65,8	71,8	65,8	59,0
73,5	69,3	70,3	83,2	78,5	76,7	77,3	72,7
11,3	7,8	6,7	2,8	3,8	6,2	5,6	7,0
13,0	8,3	8,5	3,0	4,1	6,6	5,1	7,5
10,1	7,3	5,5	2,5	3,6	5,9	6,1	6,6
24,6	19,0	21,3	5,3	8,0	20,2	15,0	15,6
17,9	39,3	45,7	34,7	24,3	12,7	24,1	37,2
22,7	29,3	27,9	75,3	41,5	41,4	41,7	31,0
4,2	5,9	5,3	23,9	8,0	13,3	11,2	7,9
40,7	39,3	39,3	38,9	42,3	39,9	42,5	40,5
29,9	27,5	29,3	70,6	56,7	48,7	28,0	38,3
32 000	33 400	30 300	41 200	38 400	36 900	36 300	...
3,5	2,0	1,2	2,4	2,4	2,8	2,6	...
4,1	3,2	3,5	2,2	3,2	3,3	3,6	3,7
2,0	-2,3	-3,3	0,6	-1,7	2,4	-2,7	...
39,6	63,6	106,4	47,4	62,0	45,9	43,4	...

Bilanzsummen und Gewinne der Banken 2008

Bankengruppen	Anzahl Institute		Bilanzsumme		Jahresgewinn	Jahresverlust
	1990	2008	in Mio. Fr.	Veränd. ¹	in Mio. Fr.	in Mio. Fr.
Total	495	327	3 079 620	-10,9	8 422	38 926
Kantonalbanken	29	24	389 316	9,2	2 157	57
Grossbanken	4	2	1 885 316	-19,5	-	38 185
Regionalbanken und Sparkassen	204	75	89 922	5,4	457	-
Raiffeisenbanken ²	2	1	131 575	6,9	564	-
Übrige Banken	218	180	519 097	6,4	4 690	496
Filialen ausländischer Banken	16	31	23 717	-31,1	196	177
Privatbankiers	22	14	40 677	37,8	357	11

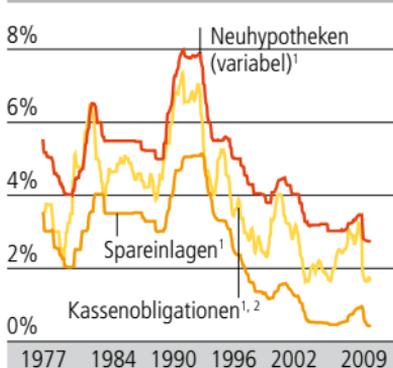
1 Veränderung gegenüber Vorjahr in %

2 Ein Verband mit 367 angeschlossenen Instituten per Ende 2008

Bilanzstruktur der Banken 2008

Aktiven	in %
Total	100
davon Ausland	62,1
Flüssige Mittel	4,2
Forderungen aus Geldmarktpapieren	4,5
Forderungen gegenüber Banken	26,7
Forderungen gegenüber Kunden	19,0
Hypothekarforderungen	22,8
Handelsbestände in Wertschriften	6,9
Finanzanlagen	3,2
Beteiligungen	1,6
Sachanlagen	0,7
Übrige	10,4
Passiven	
Total	100
davon Ausland	58,7
Verpflichtungen aus Geldmarktpapieren	3,0
Verpflichtungen gegenüber Banken	23,6
Verpflichtungen gegenüber Kunden	56,9
in Spar- und Anlageform	11,6
Übrige Verpflichtungen auf Sicht	12,4
Übrige Verpflichtungen auf Zeit	21,3
Kassenobligationen	1,6
Anleihen und Pfandbriefdarlehen	9,9
Eigene Mittel	4,6
Übrige	12,0

Zinssätze



1 Bis 2007 Mittelwert aller Kantonalbanken, ab 2008 Mittelwert von 60 Instituten (inkl. aller Kantonalbanken)

2 Bis 2007 für 3–8 Jahre Laufzeit, ab 2008 für 5 Jahre Laufzeit

Devisenkurse in der Schweiz¹

	2004	2006	2008
\$ 1	1,2419	1,2530	1,0830
¥ 100	1,1483	1,0773	1,0518
€ 1	1,5437	1,5729	1,5867
£ 1	2,2746	2,3068	1,9971

1 Ankaufskurs der Banken, Jahresmittel

Privatversicherungen 2008

in Millionen Franken

Versicherungszweig	Einnahmen ¹	Ausgaben ¹
Total	119 362	103 854
Leben	32 419	33 309
Unfall und Schaden	49 277	30 258
Rückversicherungs-einrichtungen	37 666	40 287

1 Im In- und Ausland

► www.statistik.admin.ch → Themen → Banken, Versicherungen

► www.snb.ch (Schweizerische Nationalbank)

► www.finma.ch (Eidgenössische Finanzmarktaufsicht: Privatversicherungen)

Die drei Ebenen des Systems der Sozialen Sicherheit

Das System der Sozialen Sicherheit der Schweiz lässt sich dreistufig darstellen:

- Zur ersten Stufe gehört neben der individuellen Sicherung des Lebensunterhalts die Grundversorgung. Sie ist allen zugänglich und umfasst das Bildungs- und Rechtssystem sowie die öffentliche Sicherheit.
- Die zweite Stufe umfasst alle Sozialversicherungen und soll Risiken wie Alter, Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit und Mutterschaft vorbeugen.
- Die dritte Stufe schliesslich umfasst alle Bedarfsleistungen, wobei die öffentliche Sozialhilfe das letzte Auffangnetz bildet und das Recht auf Existenzsicherung gewährleistet. Sie kommt erst dann zum Tragen, wenn die übrigen Massnahmen der Sozialen Sicherheit nicht greifen (Subsidiaritätsprinzip).

Der Sozialhilfe vorgelagert ist auf Stufe 3 eine Reihe von weiteren Bedarfsleistungen, welche die Abhängigkeit von der Sozialhilfe vermeiden soll. Diese lassen sich unterteilen in Leistungen, welche die Sicherstellung der Grundversorgung garantieren (z.B. Stipendien oder unentgeltliche Rechtshilfe) und in Leistungen zur Ergänzung ungenügender oder erschöpfter Sozialversicherungsleistungen bzw. mangelnder privater Sicherung.

Gesamtausgaben für Soziale Sicherheit

2007 betragen die Gesamtausgaben der Sozialen Sicherheit 142,5 Milliarden Franken. Davon entfielen 132,4 Milliarden auf die eigentlichen Sozialleistungen. Diese gehen zu rund vier Fünfteln auf das Konto der Sozialversicherungen (also der zweiten Stufe des Systems der sozialen Sicherheit).

Soziale Sicherheit: Ausgaben und Einnahmen¹

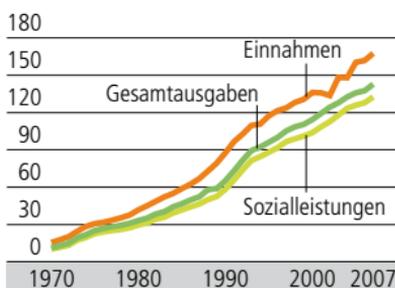
in Milliarden Franken, ohne Doppelzählungen

	1990	1995	2000	2006	2007
Gesamtausgaben	64,8	95,8	114,0	137,3	142,5
davon Sozialleistungen	58,0	87,8	103,7	127,5	132,4
Einnahmen	87,3	117,3	136,0	161,6	167,3
Sozialausgabenquote ²	19,6	25,6	27,0	28,0	27,3

¹ Teilweise revidiert

² Gesamtausgaben im Verhältnis zum BIP

Soziale Sicherheit: Ausgaben und Einnahmen in Milliarden Franken



Sozialleistungen nach Funktionen 2007

Funktion	in %
Alter	45,6
Krankheit, Gesundheitspflege	26,5
Invalidität	12,3
Überleben Hinterbliebener	4,4
Familie, Kinder	4,9
Arbeitslosigkeit	3,0
Soziale Ausgrenzung	2,8
Wohnen	0,5

Sozialhilfe

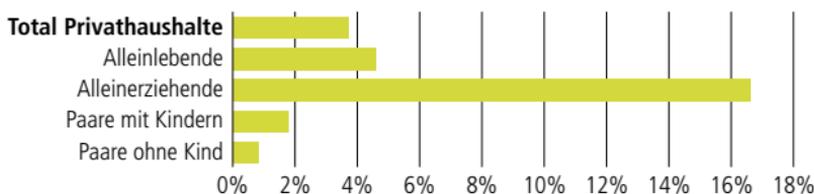
233 500 Personen, 3,1% der Gesamtbevölkerung, mussten 2007 mit Sozialhilfeleistungen unterstützt werden. Es bestehen beträchtliche regionale Unterschiede: städtisch geprägte Kantone wiesen weit höhere Sozialhilfequoten auf als die ländlich geprägten.

Das Sozialhilferisiko unterscheidet sich stark nach dem Alter, der Familienstruktur und der Nationalität der Personen.

- Am höchsten ist die Sozialhilfequote bei Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren. Generell nimmt die Quote mit zunehmendem Alter ab. Lediglich in der Altersgruppe zwischen 36 und 45 Jahren ist die Quote leicht höher, was häufig mit Kinderkosten, Erwerbseinbrüchen, Scheidungen oder der Reduktion des Beschäftigungsumfangs zusammenhängt.
- Besonders häufig beziehen Alleinerziehende Sozialhilfeleistungen. Die finanzielle Belastung durch die Kinderkosten, verbunden mit zusätzlichen Kosten aufgrund von Trennung oder Scheidung führen zum erhöhten Sozialhilferisiko. Zudem ist eine volle Erwerbsarbeit aufgrund der Kinderbetreuung in der Regel nicht möglich.
- Auch Ausländerinnen und Ausländer sind deutlich stärker in der Sozialhilfe vertreten als in der Gesamtbevölkerung. Begründet wird dies mit der häufig mangelnden Berufsqualifikation, den schlechten Arbeitsmarktchancen und der Familienstruktur.

Sozialhilfequote 2007	in %
Total	3,1
Altersklassen	
0–17 Jahre	4,7
18–25 Jahre	4,1
26–35 Jahre	3,3
36–45 Jahre	3,6
46–55 Jahre	3,0
56–64 Jahre	2,1
65–79 Jahre	0,2
80 Jahre und mehr	0,6
Personen mit Schweizer Staatsangehörigkeit	
Männer	2,2
Frauen	2,1
Personen ausländischer Staatsangehörigkeit	
Männer	6,5
Frauen	6,7

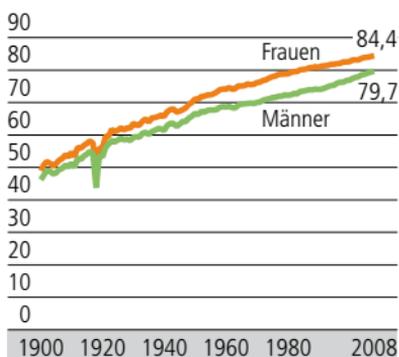
Unterstützungsquote¹ nach Fallstruktur 2007



¹ Anteil der Sozialhilfefälle an der Gesamtzahl der Privathaushalte

Die wichtigsten Ziele der Sozialhilfe sind die Wiedererlangung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit und die gesellschaftliche Integration. Die Chancen dafür sind stark von der Dauer des Sozialhilfebezugs abhängig. Vor allem bei den jüngeren Altersgruppen sind die Verbesserung der Erwerbssituation und die Integration ins Erwerbsleben die wichtigsten Wege aus der Sozialhilfe. Ein wichtiger Faktor für bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt ist daher eine gute Berufsbildung.

Lebenserwartung



Die Lebenserwartung ist im letzten Jahrhundert ausserordentlich gestiegen. Verantwortlich dafür war vor allem der Rückgang der Sterblichkeit von Säuglingen und Kleinkindern. Auch in den letzten Jahren ist die Lebenserwartung immer noch gestiegen: bei den Frauen hat sie seit 2000 um 1,8 Jahre, bei den Männern um 2,8 Jahre zugenommen (2008). Diese sterben häufiger frühzeitig (vor dem 70. Lebensjahr) – vor allem infolge von ischämischen Herzkrankheiten, Unfällen und Gewalteinwirkungen sowie Lungenkrebs.

Gesundheitszustand

88% der Männer und 85% der Frauen bezeichnen 2007 ihren Gesundheitszustand als gut oder sehr gut und nur 3% der Männer und Frauen als schlecht oder sehr schlecht. Nicht selten scheinen allerdings vorübergehende körperliche oder seelische Probleme Beruf und Alltag zu beeinträchtigen. Pro Jahr sind wir im Durchschnitt während 9 Tagen infolge von Krankheiten oder Unfällen arbeitsunfähig.

Infektionskrankheiten¹ 2008

Akute gastrointestinale Infektionen	9 951
Meningitis	67
Hepatitis B	77
Tuberkulose	520
AIDS	130

¹ Neuerkrankungen

Unfälle 2008

	Männer	Frauen
Berufsunfälle	207 189	60 642
Nicht-Berufsunfälle	300 718	180 059

Behinderte¹ 2009

Invaliditätsgrad	Männer	Frauen
40 – 49%	5 542	6 565
50 – 59%	20 240	20 382
60 – 69%	8 978	7 731
70 – 100%	100 020	80 619

¹ Bezüger von IV-Renten

Todesursachen 2007

	Sterbefälle		Sterbeziffer ¹	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Alle Todesursachen	29 544	31 545	615,0	394,0
davon:				
Infektiöse Krankheiten	320	319	6,8	4,3
Krebskrankheiten insgesamt	8 836	7 184	187,0	117,0
Kreislaufsystem	10 107	12 506	202,0	129,0
Ischämische Herzkrankheiten	4 637	4 398	93,4	45,4
Hirngefässkrankheiten	1 585	2 540	30,9	26,9
Atmungsorgane insgesamt	2 020	1 713	39,7	19,3
Unfälle und Gewalteinwirkung	2 306	1 476	53,8	23,1
Unfälle insgesamt	1 280	981	29,4	12,9
Suizid	920	440	21,9	9,1

¹ Rate pro 100 000 Einwohner (altersstandardisiert)

Säuglingssterblichkeit

	1970	1980	1990	2000	2007	2008
pro 1000 Lebendgeburten	15,1	9,1	6,8	4,9	3,9	4,0

Konsum von Alkohol, Tabak und illegalen Drogen 2007

Illegale Drogen werden vor allem von Jugendlichen und jungen Erwachsenen genommen – in der Mehrzahl nur wenige Male oder gelegentlich. Aktuell konsumieren rund 7% der 15- bis 39-Jährigen Cannabis; 1992 waren es erst 4%. Ungleich gravierender ist aus volksgesundheitlicher Sicht der Konsum von Tabak und Alkohol. Insgesamt rauchen rund 28% der Bevölkerung, 24% der Frauen und 32% der Männer. Die Anteile sind gegenüber 1992 leicht gesunken, am ausgeprägtesten bei den 35- bis 44-Jährigen und da insbesondere bei den Männern (35- bis 44-jährige Männer: von 41% auf 32%; Frauen: von 31% auf 27%). Beim Alkohol ist der Anteil der täglichen Konsumenten auf 14% zurückgegangen (1992: 21%).

Dienstleistungen 2007 in %¹

	Männer	Frauen
Arztbesuch	73,4	86,2
Spitalaufenthalt	10,7	12,2
Spitex-Leistungen	1,4	3,6

¹ Bevölkerung ab 15 Jahren

Ärzte und Zahnärzte

je 100 000 Einwohner

	1980	2008
Ärzte mit Praxistätigkeit ¹	117	196
Zahnärzte	35	52

¹ Ab 2008, Ärzte mit Haupttätigkeit im ambulanten Sektor

Hospitalisierungsrate in den Akutspitälern 2008 in %¹

	Total	Männer	Frauen
15–59-jährig	12,6	10,3	14,9
60–79-jährig	29,1	31,8	26,8
80+ -jährig	47,0	54,4	43,2

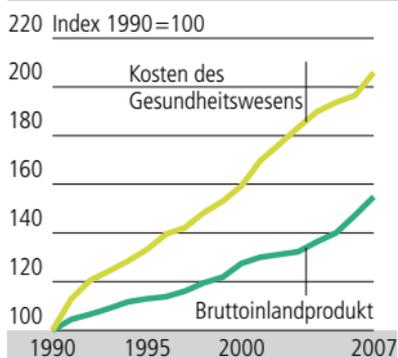
¹ der betreffenden Bevölkerungsgruppe

Sozialmedizinische Institutionen 2008

	in 1000	in % ¹
Anzahl Klienten: Total	185,7	2,4
davon:		
Klienten ≥ 80 Jahre	103,4	28,9
Männer	25,9	21,1
Frauen	77,6	32,9

¹ der betreffenden Bevölkerungsgruppe

Gesundheitskosten



2007 sind 10,6% des Bruttoinlandprodukts für das Gesundheitswesen verwendet worden; 1990 waren es erst 8,1%. Ein wesentlicher Grund für diesen Anstieg ist die Entwicklung des Angebots: so z.B. die erweiterten Leistungen, die wachsende Spezialisierung und Technisierung und der höhere Komfort. Eine geringere Rolle spielt dagegen das Altern der Bevölkerung.

	in Millionen Franken	1997	2007
Total		38 210	55 215
Stationäre Behandlung		18 024	25 173
Ambulante Behandlung		11 173	17 406
davon:			
Ärzte		5 456	7 856
Zahnärzte		2 701	3 551
Spitex		768	1 212
Andere Leistungen ¹		1 237	1 831
Gesundheitsgüter ²		4 779	6 761
davon:			
Apotheken		2 915	3 956
Ärzte		1 079	1 734
Prävention		939	1 281
Verwaltung		2 058	2 762

¹ Wie Laboruntersuchungen, Radiologie, Transporte
² Arzneimittel und therapeutische Apparate

Entwicklung zu einem Bildungsraum Schweiz

Das Bildungssystem der Schweiz ist gekennzeichnet durch einen ausgeprägten Föderalismus. Die Vielfalt der verschiedenen Bildungssysteme zeigt sich vor allem in der obligatorischen Schule: je nach Kanton gibt es beispielsweise auf Sekundarstufe I zwei, drei oder vier nach Leistungsanforderungen unterschiedene Schultypen; auch schwankt die gesamte Unterrichtszeit während der neun obligatorischen Jahre zwischen 7100 und 8900 Stunden pro Schüler.

Das schweizerische Bildungswesen wandelt sich: Kantone haben in den letzten Jahren ihre Bildungssysteme reformiert, nationale Strukturen wurden umgebaut (Einführung der Berufsmaturität und der Fachhochschulen, Umsetzung der Bologna-Reform), die Nachfrage nach Bildung ist gestiegen, die allgemein-bildenden Schulen haben an Bedeutung gewonnen.

Schüler und Studierende

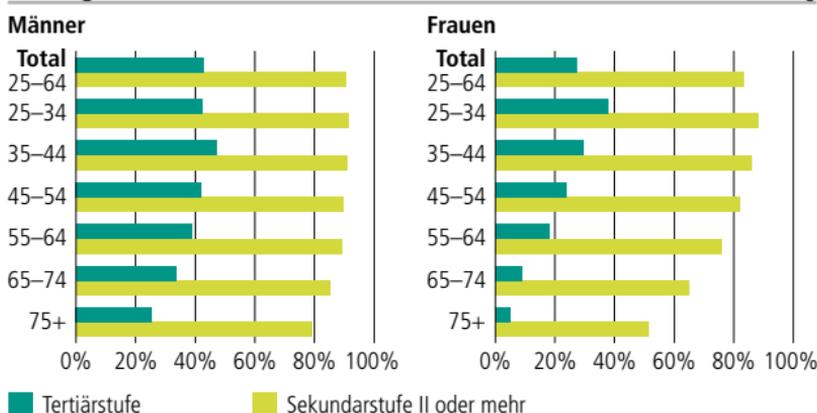
Schulstufe	Anzahl in 1000			Anteil Frauen, in %		
	1980/81	1990/91	2007/08	1980/81	1990/91	2007/08
Total	1 234,1	1 291,8	1 506,8	46	46	48
Vorschule	120,3	139,8	151,7	49	49	49
Obligatorische Schule	849,6	711,9	788,1	49	49	49
Primarstufe	451,0	404,2	445,1	49	49	49
Sekundarstufe I	362,3	271,6	298,4	49	49	50
Besonderer Lehrplan	36,4	36,2	44,6	39	38	37
Sekundarstufe II	299,0	295,8	329,9	43	45	47
Allgemein bildende Schulen ¹	74,8	74,5	103,1	53	55	59
Berufsausbildung ²	224,2	221,3	226,8	39	42	41
Tertiärstufe	85,3	137,5	225,9	30	35	49
Universitäre Hochschulen	61,4	85,9	116,9	32	39	50
Fachhochschulen	60,8	48
Höhere Berufsbildung	...	36,2	48,1	...	33	50
Stufe unbestimmt	–	6,7	11,3	–	51	49

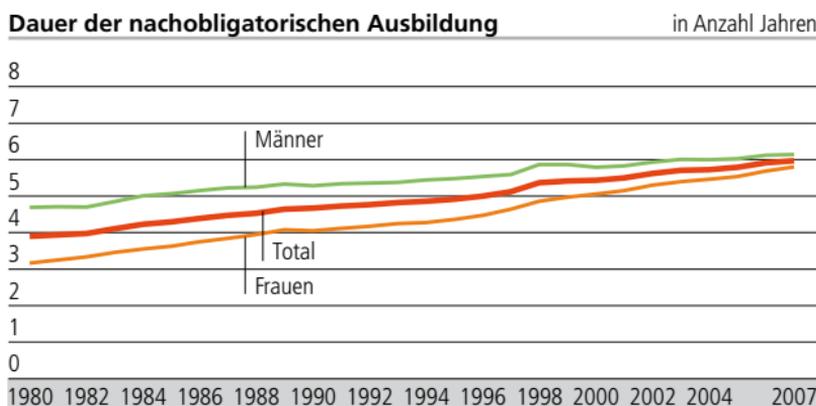
1 Inkl. Schulen für Unterrichtsberufe und Vorbereitung auf Berufsmaturität nach der Lehre

2 Inkl. An- und Vorlehre

Bildungsstand 2009

Anteil an der Wohnbevölkerung





Geschlechterunterschiede abgebaut

Von der Bildungsexpansion der letzten Jahrzehnte haben vor allem die Frauen profitiert. Die geschlechtsspezifischen Bildungsunterschiede haben sich laufend verringert. Heute beginnen praktisch gleich viele Frauen wie Männer eine nachobligatorische Ausbildung und schliessen sie auch ab. Weiterhin sind aber Männer länger in Ausbildung als Frauen und ist ihre Eintrittsquote in die Tertiärstufe höher. Umgekehrt sind Mädchen in der obligatorischen Schule erfolgreicher: sie repetieren seltener eine Klasse, werden seltener in eine Sonderklasse versetzt, und auf der Sekundarstufe I besuchen sie häufiger anforderungsreiche Schultypen. Am Ende der obligatorischen Schulzeit verfügen sie – wie die PISA-Studien zeigen – über bessere Lese-, aber schlechtere Mathematikfähigkeiten als die Jungen; vieles spricht dafür, dass dies wesentlich mit den Mustern alter Rollenverständnisse zusammenhängt.

Besonders deutliche Unterschiede bestehen nach wie vor bei der Wahl der Fachrichtung, und dies sowohl in der Berufsbildung als auch an den Hochschulen. Verschiedene Zweige werden entweder von Frauen oder von Männern beherrscht. In der Berufsbildung überwiegen in Industrie und Handwerk die Männer, im Verkauf sowie in der Gesundheits- und Körperpflege die Frauen. An den Hochschulen zieht es die Männer eher in die Bereiche Technik, Naturwissenschaften und Wirtschaft, Frauen eher in die Geisteswissenschaften, ins Soziale und Gestalterische.

PISA 2006: Resultate über dem OECD-Durchschnitt

Die Schweiz hat bei PISA 2006 in allen getesteten Bereichen (Naturwissenschaften, Mathematik, und Lesen) gut abgeschnitten. Für die Naturwissenschaften – Schwerpunktthema 2006 – beträgt der Mittelwert der Jugendlichen in der Schweiz 512 Punkte und ist damit höher als der Durchschnitt der OECD-Staaten von 500 Punkten. Wenn man dieses Resultat nach Kompetenzniveau aufschlüsselt: 10 Prozent der 15-jährigen Schülerinnen und Schüler in der Schweiz befinden sich in den obersten Niveaus 5 und 6; im OECD-Mittel sind es 9 Prozent. Umgekehrt erzielen rund 16 Prozent der Jugendlichen in der Schweiz – und 19 Prozent im OECD-Durchschnitt – höchstens Leistungsniveau 1 (niedrigstes Niveau).

Ausgewählte Bildungsabschlüsse 2008

Schulstufe	Total	Frauen in %
Sekundarstufe II		
Gymn. Maturitätszeugnisse	18 093	57,7
Berufsmaturitätszeugnisse	10 883	44,5
Abschlüsse berufliche Grundbildung BBG ¹	57 095	43,7
Handelsmittelschuldiplome	2 555	49,5
Tertiärstufe		
Höhere Berufsbildung		
Höhere Fachschuldiplome	4 243	31,3
Eidg. Diplome	2 818	19,0
Eidg. Fachausweise	12 468	38,5
Fachhochschulen		
Diplome	7 071	47,6
Bachelorabschlüsse	5 804	55,1
Masterabschlüsse	361	73,7
Universitäre Hochschulen		
Lizentiate/Diplome	6 108	57,1
Bachelorabschlüsse	8 690	50,4
Masterabschlüsse	5 413	45,4
Doktorate	3 209	41,4

¹ Inkl. Eidg. Berufsatteste

Lehrkräfte 2007/08 Hochschulpersonal 2008

	Vollzeit- äquivalente	Frauen in %
Vorschule	8 200	96,0
Obligatorische Schule ¹	51 000	66,3
Primarstufe	27 900	79,7
Sekundarstufe I	23 100	51,0
Sekundarstufe II ²	8 300	42,3
Universitäre Hochschulen	32 751	41,2
Professor/innen	2 900	15,0
übrige Dozierende	2 851	24,4
Assistierende ³	15 868	40,1
Fachhochschulen	12 036	41,7
Professor/innen	4 167	33,1
übrige Dozierende	1 945	39,4
Assistierende ³	2 268	38,5

¹ Ohne Schulen mit besonderem Lehrplan

² Nur allgemein bildende Schulen (Maturitätsschulen, Fach- und Diplommittelschulen u.ä.)

³ Inkl. wissenschaftliche Mitarbeitende

Öffentliche Bildungsausgaben 2007

	in Milliarden Franken
Total	27,0
davon Besoldungen Lehrkräfte	14,9
Vorschule	1,0
Obligatorische Schule	11,5
Sonderschulen	1,4
Berufliche Grundbildung	3,3
Allgemein bildende Schulen	2,2
Höhere Berufsbildung	0,2
Hochschulen, Fachhochschulen	6,7
Nicht aufteilbare Aufgaben	0,7

Weiterbildung

Man kann zwei Formen der Weiterbildung unterscheiden: nicht-formale Bildung (wie Besuch von Kursen, Seminaren, Privatunterricht, Tagungen oder Konferenzen) und informelles Lernen (Lektüre von Fachliteratur, Lernen von CD-ROM oder von Familienangehörigen usw.). Die Mehrheit der Bevölkerung in der Schweiz (79% der ständigen Wohnbevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren bzw. 83% der Erwerbstätigen zwischen 25 und 64 Jahren) hat 2006 Weiterbildung in der einen oder anderen Form betrieben. Informelles Lernen war dabei deutlich häufiger als die nicht-formale Bildung (74% der ständigen Wohnbevölkerung und 77% der Erwerbstätigen gegenüber 48% bzw. 53%).

Ein forschungsaktives Land

Die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit (F+E) in einer Volkswirtschaft ist ein wichtiger Standortfaktor. Die Schweiz gehört mit einem F+E-Anteil von 2,9% des Bruttoinlandsprodukts (2004) zu den forschungsaktivsten Staaten. 2004 wurden für F+E im Inland rund 13,1 Milliarden Franken aufgewendet. Davon entfallen 74% auf die Privatwirtschaft und weitere 23% auf die Hochschulen; die restlichen 3% verteilen sich auf Bund und diverse private Organisationen ohne Erwerbszweck. Die F+E-Aktivitäten der Schweizer Firmen im Ausland sind traditionell sehr ausgeprägt. Entsprechende Aufwendungen der Privatwirtschaft im Ausland betragen 2004 rund 9,6 Milliarden Franken und sind damit praktisch gleich hoch wie jene der Privatwirtschaft im Inland.

► www.statistik.admin.ch →
Themen →
Bildung und Wissenschaft

Presselandschaft im Umbruch

Seit der Jahrtausendwende hat sich der Schweizer Tageszeitungsmarkt grundlegend verändert. In der Deutschschweiz ist die gratis verteilte Pendlerzeitung «20 Minuten» mit über 1,4 Mio. Leserinnen und Lesern¹ pro Ausgabe zur grössten Tageszeitung geworden. In der französischsprachigen Schweiz finden sich mit den im Jahre 2005 gegründeten Titeln «Le Matin bleu» (mit 559 000 Leserinnen und Lesern) und der französischsprachigen Ausgabe von «20 Minuten» (mit 526 000 Leserinnen und Lesern) gleich zwei Gratiszeitungen in den drei ersten Rängen der meistgelesenen Tageszeitungen.

¹ Quelle: WEMF MACH Basic (2009/II; Bevölkerung ab 14 Jahren, Leser pro Ausgabe)

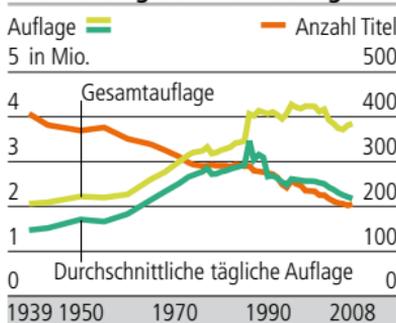
Verbreitung von Internet und Mobiltelefonie

Die Zahl der regelmässigen Internetnutzerinnen und -nutzer (Nutzung mehr als einmal pro Woche) ist von 0,7 Mio. (1998) auf 4,3 Mio. im ersten Vierteljahr 2008 gewachsen. Mehr als drei Viertel der Haushalte verfügen über einen PC, und Ende 2007 werden in der Schweiz 2,3 Mio. Breitbandanschlüsse (ADSL oder Kabelmodem) ins Internet gezählt. Ähnlich rasant hat sich die Mobiltelefonie entwickelt: Die Zahl der Mobilfunk-Anschlüsse stieg von 125 000 (1990) über 1,7 Mio. (1998) auf 8,2 Mio. (2007); das entspricht 110 Anschlüssen pro 100 Einwohner.

Das Buch: keineswegs am Ende

Wenig beeindruckt von der Konkurrenz durch das Angebot der elektronischen Medien scheint die Buchproduktion in der Schweiz zu sein: Seit den 1960er Jahren hat sich die Zahl der Neuerscheinungen mit über 11 000 Titeln pro Jahr etwas mehr als verdoppelt.

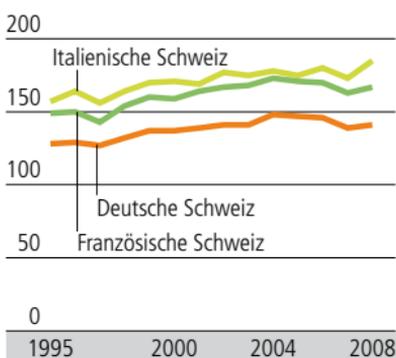
Entwicklung der Kaufzeitenungen



Quelle: Verband Schweizer Presse / WEMF Auflagenstatistik. Berücksichtigt sind Titel von allgemeinem Interesse mit mindestens wöchentlicher Erscheinungsweise

Fernsehnutzung

in Minuten pro Tag und Einwohner



Quelle: Mediapulse AG Telecontrol (Basis: Bevölkerung ab 3 Jahren, Mittelwert pro Tag (Mo–So))

Radionutzung

in Minuten pro Tag und Einwohner

	2004	2005	2006	2007	2008
Deutsche Schweiz	106	106	102	105	109
Französische Schweiz	101	99	97	98	99
Italienische Schweiz	103	100	96	99	99

Quelle: Mediapulse AG Radiocontrol (Basis: Bevölkerung ab 15 Jahren, Mittelwert pro Tag (Mo–So))

Buchproduktion 2008¹

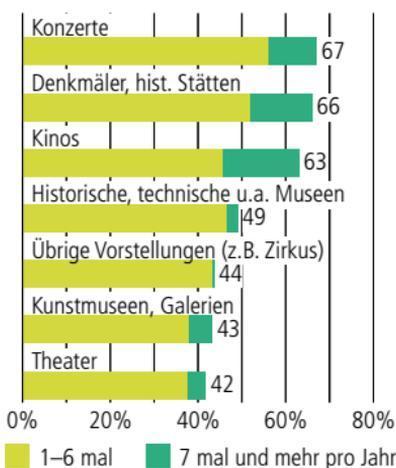
Total	11 126
Deutsch	6 331
Französisch	2 416
Italienisch	319
Englisch	1 302
Andere Sprachen	758
davon Rätoromanisch	31

¹ In der Schweiz herausgegebene und im Buchhandel erschienene Bücher

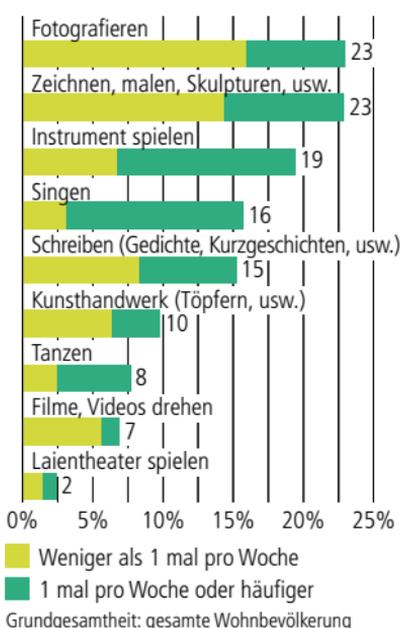
Kulturverhalten

Der Besuch von Konzerten, Denkmälern und Kinos gehört zu den beliebtesten kulturellen Aktivitäten im Jahr 2008. In der Musik sind Pop und Rock die Lieblingsstile der Bevölkerung, gefolgt von klassischer Musik. Daneben wird privat viel Musik gehört. Radio und Fernsehen werden dazu weiterhin am häufigsten verwendet, die jungen Hörer setzen aber vermehrt auch MP3-Player ein. Junge Leute sowie Personen mit hohem Ausbildungsniveau und gutem Einkommen nutzen das kulturelle Angebot am ehesten; Geschlecht und Nationalität spielen hingegen kaum eine Rolle. Dafür werden kulturelle Aktivitäten eher in der Stadt und in der Agglomeration ausgeübt als auf dem Land. Was die eigenen kulturellen Aktivitäten (d. h. regelmässig und mit künstlerischen Ambitionen betrieben) betrifft, werden Fotografie, bildende Kunst und das Spielen eines Musikinstrumentes am meisten genannt. Zu den beliebtesten Instrumenten gehören Klavier und Gitarre, wobei Frauen eher Klavier und Männer Gitarre spielen.

Teilnahmequoten 2008



Aktivitäten als Amateur 2008



Kino: Angebotsvielfalt

Seit dem Höhepunkt 1964/65 (646 Kinos, rund 40 Mio. Eintritte) hatte die Zahl der Kinosäle und der Zuschauerinnen und Zuschauer bis Anfang der 1990er Jahre kontinuierlich abgenommen. Ein Tiefstand wurde 1992/93 mit 302 Kinos und 15 Mio. Eintritten erreicht. Mit dem Entstehen von Kinokomplexen und Multiplexkinos hat sich die Zahl der Kinosäle seit 1993 wieder erhöht, nicht aber diejenige der Zuschauer (2008: 564 Säle und 14,3 Mio. Eintritte).

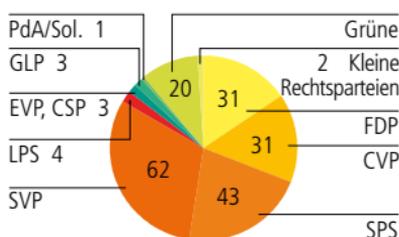
Auch das Filmangebot hat sich stark verändert. Anfang der 1980er Jahre wurden in der Schweiz jährlich gegen 3000 Filme vorgeführt, heute bewegt sich diese Zahl um 1400. Demgegenüber ist seit 2004 die Anzahl der Erstaufführungen kontinuierlich gestiegen (auf rund 400 pro Jahr).

► www.statistik.admin.ch → Themen → Kultur, Medien, Informationsgesellschaft

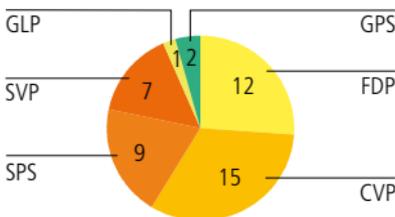
Das politische System

Die Schweiz ist seit 1848 ein Bundesstaat und besteht aus 26 Kantonen. Die Regierung (Bundesrat) ist eine Kollegialbehörde mit 7 Mitgliedern (ab 2009: 2 FDP, 2 SPS, 1 CVP, 1 SVP, 1 BDP). Ihre Wahl erfolgt durch das Parlament. Dieses besteht aus zwei Kammern: dem Nationalrat (Volksvertretung, 200 Sitze) und dem Ständerat (Kantonsvertretung, 46 Sitze). Ausserdem prägen weit gehende Volksrechte (Initiativ- und Referendumsrecht) und Volksabstimmungen das politische System der Schweiz.

Nationalrat 2007: Mandate



Ständerat 2007: Mandate



Nationalratswahlen 2007

	Mandate	Parteistärke in %
FDP	31	15,8
CVP	31	14,5
SPS	43	19,5
SVP	62	28,9
LPS	4	1,9
Mitteparteien ¹	6	4,3
PdA/Sol.	1	1,1
Grüne ²	20	9,8
Kleine Rechtsparteien ³	2	2,5
Übrige	0	1,8

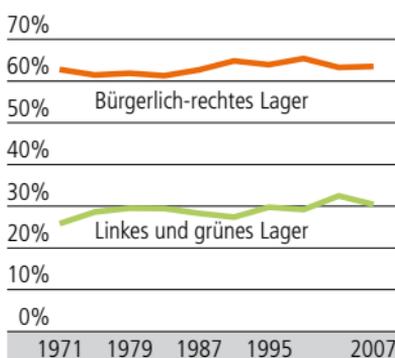
1 EVP, CSP, GLP

2 GPS, FGA

3 SD, EDU, FPS, Lega

Abkürzungen siehe unten

Parteipolitische Lager¹



1 Parteistärken bei den Nationalratswahlen

Nationalratswahlen 2007

Die Parteienlandschaft war während Jahrzehnten ausgesprochen stabil. Seit den 1990er Jahren vollzieht sich eine Umgruppierung und Differenzierung im bürgerlichen Lager. Die SVP konnte ihren Wähleranteil fast verdreifachen und ist nun klar die stärkste Partei. Ihre Gewinne gingen auf Kosten der kleinen Rechtsparteien, sowie der anderen bürgerlichen Bundesratsparteien FDP und CVP.

Bei den jüngsten Wahlen konnten die Gewinne der Grünen die Verluste der SPS nicht wettmachen, so dass das links-grüne Lager insgesamt leicht geschwächt wurde. Es ist aber immer noch stärker als vor 20 Jahren.

Abkürzungen der Parteien

FDP Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

CVP Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz

SPS Sozialdemokratische Partei der Schweiz

SVP Schweizerische Volkspartei

LPS Liberale Partei der Schweiz

BDP Bürgerlich-Demokratische Partei der Schweiz

EVP Evangelische Volkspartei der Schweiz

CSP Christlichsoziale Partei

GLP Grünliberale Partei

PdA Partei der Arbeit der Schweiz

Sol. Solidarität

FGA Feministische und grün-alternative Gruppierungen

GPS Grüne Partei der Schweiz

SD Schweizer Demokraten

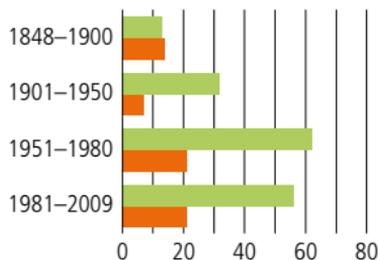
EDU Eidgenössisch-Demokratische Union

FPS Freiheits-Partei der Schweiz

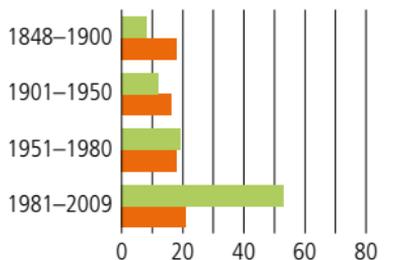
Lega Lega dei ticinesi

Eidgenössische Volksabstimmungen

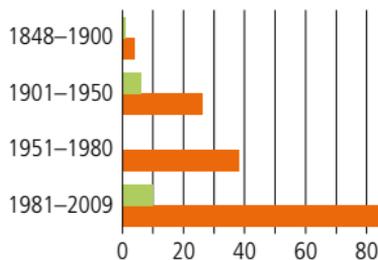
Obligatorische Referenden¹



Fakultative Referenden



Volksinitiativen²

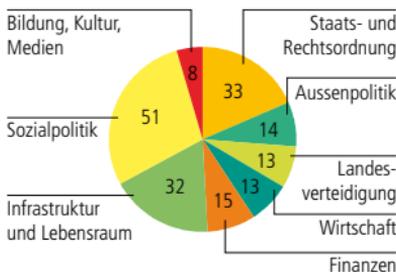


■ Angenommen ■ Verworfen

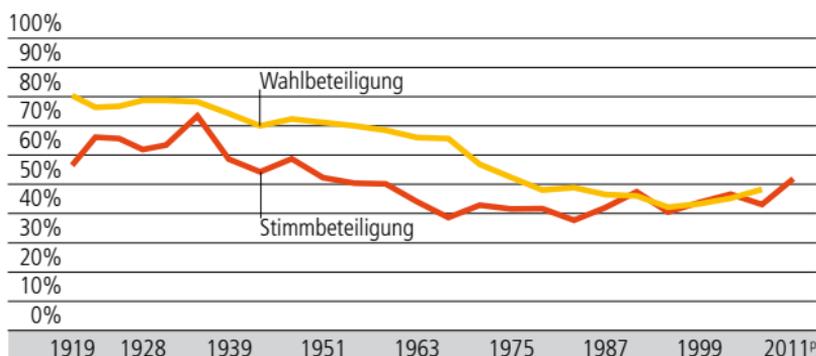
1 Inkl. Gegenvorschläge zu Volksinitiativen

2 Inkl. Volksinitiativen mit Gegenvorschlag

Themen 1991–2009



Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen



Der stärkste Rückgang bei der Wahlbeteiligung war nach 1967 zu verzeichnen, eine Entwicklung, die nicht zuletzt auf die Einführung des Frauenstimmrechts zurückzuführen ist. Der Rückgang der Stimmbeteiligung ist von starken Ausschlägen geprägt, da sich die Stimmberechtigten je nach Abstimmungsthema sehr unterschiedlich mobilisieren lassen. So belaufen sich die Extremwerte seit 1990 auf 28% und 79%. Ab der Jahrtausendwende hat sich die Beteiligung sowohl an Wahlen wie auch an Abstimmungen etwas stabilisiert und nimmt sogar wieder leicht zu.

Rechnungsabschlüsse der öffentlichen Verwaltung							in Milliarden Franken		
	Einnahmen			Ausgaben			Überschuss		
	2000	2007	2008 ²	2000	2007	2008 ²	2000	2007	2008 ²
Total¹	157,2	190,7	207,0	148,1	179,6	201,4	9,2	11,2	5,6
Bund	52,0	58,7	64,2	48,2	54,2	66,0	3,8	4,6	-1,9
Kantone	62,8	78,2	84,3	60,2	74,7	79,1	2,6	3,5	5,2
Gemeinden	42,1	49,1	53,4	40,6	46,5	51,6	1,5	2,6	1,8
Sozialversicherungen	42,3	52,1	52,0	41,0	51,6	51,5	1,3	0,5	0,5

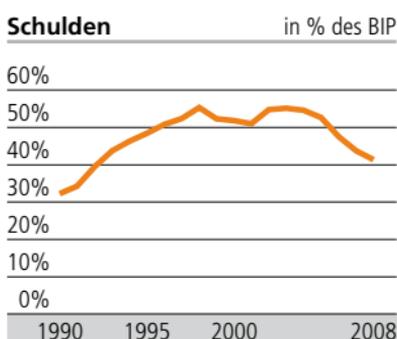
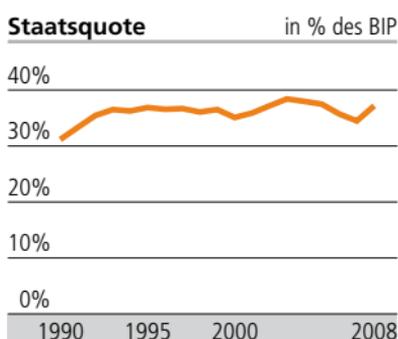
¹ Doppelzählungen im Total nicht enthalten und ohne SUVA

² Teilweise geschätzt

Schulden von Bund, Kantonen und Gemeinden						in Milliarden Franken	
	1980	1990	2000	2006	2007	2008	
Total	77,1	106,5	218,5	231,3	227,0	223,7	
Bund	31,7	38,5	105,3	123,6	120,9	121,7	
Kantone	22,4	30,5	64,1	62,7	61,5	59,7	
Gemeinden ¹	23,0	37,4	49,1	44,9	44,6	42,3	

Pro Einwohner, in Franken zu laufenden Preisen	12 072	15 491	30 306	30 604	29 795	29 013
--	--------	--------	--------	--------	--------	--------

¹ Teilweise geschätzt



Die Staatsquote misst die Ausgaben der öffentlichen Verwaltung in Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP). Sie beinhaltet die Ausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie der öffentlichen Sozialversicherungen (AHV/IV/EO inkl. Mutterschaftsversicherung und ALV). Trotz einem beträchtlichen Anstieg seit 1970 ist die Schweiz im internationalen Vergleich weiterhin sehr gut positioniert: Sie hat eine der niedrigsten Staatsquoten aller OECD-Länder. Die meisten europäischen Länder weisen eine deutlich höhere Quote auf.

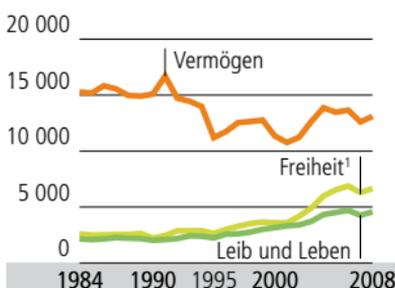
Auch die Schuldenquote ist in der Schweiz verglichen mit den OECD-Ländern relativ tief. Sie ist jedoch zwischen 1990 und 2003 kontinuierlich angestiegen. Dank der bis Mitte 2008 andauernden konjunkturellen Erholung, der Ausschüttung der überschüssigen Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank sowie verschiedener struktureller Massnahmen (u.a. Entlastungsprogramme, Schulden- und Ausgabenbremsen) vermochten die öffentlichen Haushalte seit 2005 ihre Bruttoschulden zu reduzieren. Die Schuldenquote sank Ende 2008 bis auf 41,3%.

Kriminalitätszahlen sind nur bedingt ein direkter Ausdruck der Verhaltensrealität: Zum einen unterliegen strafrechtliche Normen und Massnahmen dem gesellschaftlichen Wandel. Zum anderen werden die Kriminalitätszahlen auch stark beeinflusst durch personelle Ressourcen, Verfolgungsprioritäten, der Effizienz von Polizei und Justiz und die Anzeigebereitschaft der Bevölkerung. Wie stark Veränderungen in den Kriminalitätszahlen jeweils durch welche Ursachen bedingt sind, ist in der Regel schwer zu ermitteln.

Verurteilungen gemäss Strafgesetzbuch (StGB)

Bei den Verurteilungen gemäss StGB blieben die Zahlen zwischen 1984 und 2001 praktisch konstant. Von 2002 bis 2004 war ein starker Anstieg zu beobachten. Seither hat sich die Kurve wieder weitgehend verflacht. Die Vermögensdelikte bilden nach wie vor die weitaus grösste Gruppe der StGB-Delikte. Sie sind seit 1984 leicht zurückgegangen. Bei den Freiheitsdelikten (u.a. Hausfriedensbruch, Drohung, Nötigung) hat die Zahl der Verurteilungen dagegen zugenommen, genau so wie bei den Delikten gegen Leib und Leben. Der deutliche Anstieg seit 2004 dürfte nicht zuletzt damit zusammenhängen, dass die Polizei bei häuslicher Gewalt seit 2004 auch ohne Anzeige des Opfers ermitteln kann.

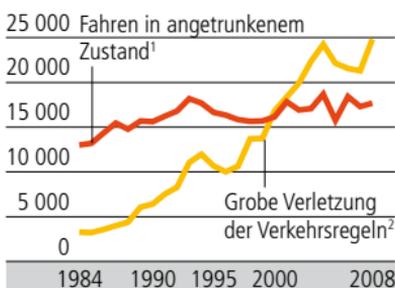
Ausgewählte Straftaten (StGB)



1 Drohung, Nötigung, Menschenhandel, Freiheitsberaubung und Entführung, Geiselnahme, Hausfriedensbruch

Verurteilungen gemäss Strassenverkehrsgesetz (SVG)

Bei den Straftaten im Strassenverkehr ist die Zahl der Verurteilungen wegen Fahrens in angetrunkenem Zustand seit 1984 mehr oder weniger stabil. Deutlich zugenommen haben dagegen die Verurteilungen wegen schwerer Verstösse gegen die Verkehrsregeln. In den meisten Fällen handelt es sich dabei um Geschwindigkeitsübertretungen. Diese Entwicklung kann zumindest zum Teil dem wachsenden Verkehrsvolumen und den intensivierten Kontrollen zugeschrieben werden.

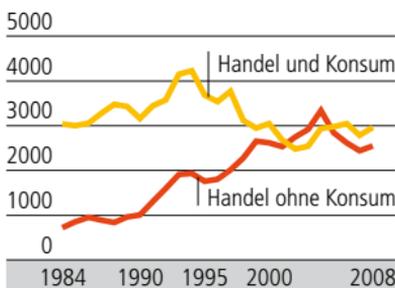


1 Mit qualifizierter Blutalkoholkonzentration (Art. 91 Abs. 1 2^{er} Satz SVG)

2 Art. 90 Ziff. 2 SVG

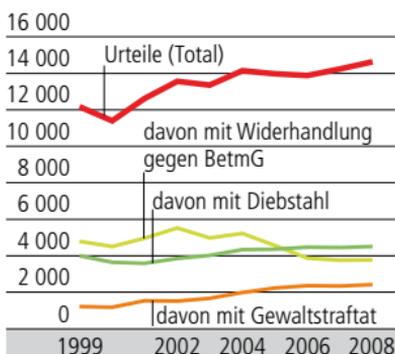
Verurteilungen gemäss Betäubungsmittelgesetz (BetmG)

Die Verurteilungen wegen Handels mit Betäubungsmitteln sind nach deutlichem Anstieg bis Mitte der 1990er Jahre weitgehend stabil. (Verurteilungen allein wegen Konsums werden in der Regel nicht mehr im Strafregister erfasst und sind deshalb hier nicht berücksichtigt).



Jugendstrafurteile

In der Jugendstrafurteilsstatistik werden alle Verurteilungen von Jugendlichen (von 10 bis 18 Jahre) erfasst. Wenn Jugendliche eine Straftat begehen, besteht die Möglichkeit, den Konflikt zwischen Opfer und Täter im Rahmen einer Mediation oder eines Vermittlungsversuchs zu lösen. Sind diese Bemühungen erfolgreich, ergeht kein weiteres Urteil, weshalb diese Fälle nicht in der Jugendurteilsstatistik enthalten sind.



Verurteilungen nach demografischen Merkmalen 2008

	Anzahl	Anteil in %
Total	91 271	100,0
Männer	77 408	84,8
Frauen	13 863	15,2
<hr/>		
18 – 19 Jahre	4 518	5,0
20 – 29 Jahre	32 447	35,6
30 – 39 Jahre	22 560	24,7
40 – 49 Jahre	17 686	19,4
50 – 59 Jahre	9 028	9,9
60 oder mehr	5 032	5,5
<hr/>		
Schweizerische Nationalität	44 570	48,8
Ausländische Nationalität	46 701	51,2

Insbesondere Männer unter 40 Jahren treten vermehrt strafrechtlich in Erscheinung. Bei den Verurteilten ausländischer Nationalität sind neben Personen aus der ausländischen Wohnbevölkerung auch Touristen, Asylbewerber und weitere nur vorübergehend in der Schweiz anwesende Personen inbegriffen. Ein direkter Vergleich mit den schweizerischen Verurteilten ist somit nicht möglich.

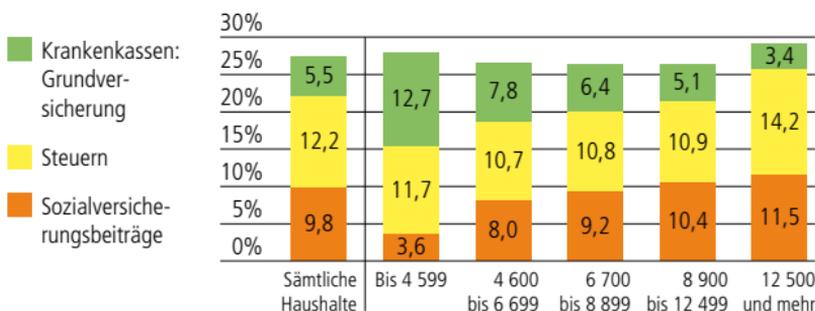
Mit dem am 1. Januar 2007 in Kraft getretenen revidierten Sanktionenrecht wurden zwei neue Strafen eingeführt: die Geldstrafe, die im Gegensatz zur Busse aufgrund von individuell nach Einkommen und Vermögen festgelegten Tagessätzen bemessen wird und bedingt ausgesprochen werden kann und die gemeinnützige Arbeit. Am häufigsten werden heute (2008) Geldstrafen ausgesprochen, meistens verbunden mit einer Busse. Nahezu weggefallen sind die Bussen als Hauptstrafe. Stark zurückgegangen ist auch die Zahl der unbedingten Freiheitsstrafen, deren Dauer weiterhin mehrheitlich (65%) höchstens sechs Monate beträgt.

► www.statistik.admin.ch → Themen → Kriminalität, Strafrecht

Einkommen nach Bruttoeinkommensklasse¹ 2007

	Sämtliche Haushalte	Bis 4 599	4 600 bis 6 699	6 700 bis 8 899	8 900 bis 12 499	12 500 und mehr
Struktur des Einkommens in %						
Einkommen aus Erwerbstätigkeit	73,8	26,4	59,9	70,1	81,0	84,4
Einkommen aus Vermögen und Vermietung	4,7	5,0	2,9	3,3	3,1	6,8
Transfereinkommen	21,5	68,6	37,2	26,7	16,0	8,9
Höhe des Einkommens in Franken pro Monat						
Bruttoeinkommen	8 979	3 229	5 731	7 767	10 515	17 568
Obligatorische Ausgaben	-2 702	-996	-1 635	-2 248	-2 991	-5 608
Verfügbares Einkommen	6 276	2 233	4 097	5 520	7 524	11 960

Zusammensetzung der obligatorischen Ausgaben 2007



¹ Die fünf Einkommensklassen sind so gebildet, dass sie alle praktisch die gleiche Anzahl Fälle aufweisen (je rund 20% der Haushalte). Bei den Einkommen (brutto und verfügbare) bzw. Abzügen handelt es sich um Mittelwerte.

Haushaltseinkommen:

Wie setzt es sich zusammen? Wie viel ist verfügbar?

Die Zusammensetzung des Bruttohaushaltseinkommens ist je nach Einkommensklasse sehr unterschiedlich. In den unteren Einkommensklassen sind die Transfereinkommen (wie AHV-Renten) stark dominant, während die Arbeitseinkommen in den oberen Klassen vorherrschen.

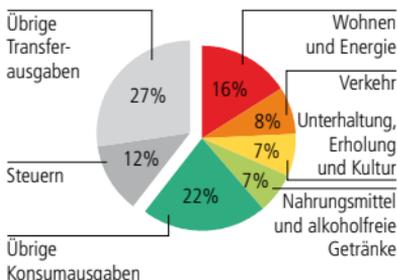
Die obligatorischen Ausgaben umfassen die Steuern, die Sozialversicherungsbeiträge (AHV/IV, Pensionskassen) sowie die Prämien für die Krankengrundversicherung. 2007 wendeten die Haushalte durchschnittlich 30% ihres Bruttoeinkommens dafür auf. Dieser Anteil variiert kaum nach Einkommensgruppe. Er setzt sich aber unterschiedlich zusammen: der Anteil der Sozialversicherungsbeiträge und Steuern, die bekanntlich einkommensgebunden sind, steigt mit der Höhe des Einkommens, wogegen derjenige der (einkommensunabhängigen) Krankenversicherungsprämien sinkt.

Ausgaben wofür?

2007 machten die Konsumausgaben etwas mehr als 60% aller Ausgaben aus. Die Ausgaben für Wohnen und Energie stellten mit rund 16% den grössten Posten dar.

Der Anteil der Ausgaben für Lebensmittel ist seit dem 2. Weltkrieg von über 35% auf rund 7% zurückgegangen. Im Gegenzug hat der Anteil anderer Ausgaben zugenommen, wie zum Beispiel derjenige der Ausgaben für Verkehr von etwa 2% auf über 8%.

Haushaltsausgaben 2007



Was bleibt übrig?

2007 blieben den Haushalten nach Abzug aller Ausgaben durchschnittlich rund 600 Franken zum Sparen, das sind 6,8% des Bruttoeinkommens. Die einkommensschwächsten Haushalte können in der Regel keine Ersparnisse anlegen. Oft geben sie mehr aus, als ihnen zur Verfügung steht. Dies hängt damit zusammen, dass 54% dieser Haushalte Rentnerhaushalte sind, die einen Teil ihrer Ausgaben mit ihrem Vermögen bestreiten.

Vermögensverteilung 2005¹

Stufen des Reinvermögens in 1000 Fr.	Anzahl Pflichtige	
	in absolut	in %
Total	4 607 122	100
0	1 205 036	26,2
1–100	1 875 686	40,7
101–500	1 066 744	23,2
501–1 000	268 394	5,8
1 001–5 000	171 117	3,7
5 001–10 000	12 503	0,3
> 10 000	7 642	0,2

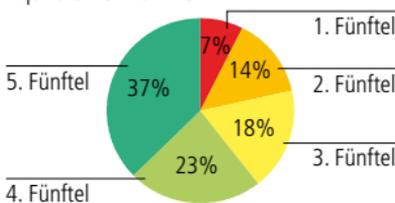
¹ In den Steuererklärungen per 31. Dezember 2005 ausgewiesenes Reinvermögen der natürlichen Personen.

Einkommensverteilung

Für den Lebensstandard von Bedeutung ist das nach Abzug der Zwangsausgaben verbleibende verfügbare Einkommen. Entscheidend ist zudem, wie viele Personen im Haushalt dieses Einkommen zu teilen haben. Um ein Mass für den Lebensstandard (oder das Wohlstandsniveau) eines Haushalts zu erhalten, muss man die Anzahl und das Alter aller Mitglieder, d.h. den effektiven Bedarf, berücksichtigen. Der Bedarf eines Kindes unterscheidet sich von dem einer älteren Person. Dieser Bedarf wird mit Hilfe einer Äquivalenzskala berücksichtigt. Das resultierende Äquivalenzeinkommen dient als Mass des Lebensstandards der Personen, die gemeinsam in einem Haushalt leben. Zwischen den Äquivalenzeinkommen zeigen sich grosse Unterschiede. Das einkommensschwächste Fünftel der Bevölkerung verfügte 2007 über 7%, das einkommensstärkste über 37% des gesamten Einkommens.

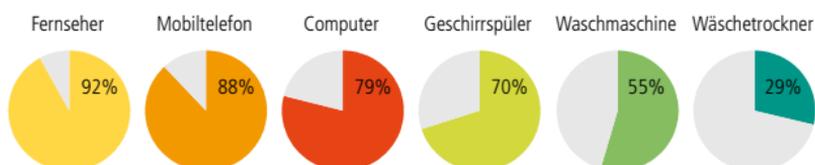
Verfügbares Äquivalenzeinkommen 2007

Anteil der verschiedenen Einkommensgruppen¹ am gesamten verfügbaren Äquivalenzeinkommen



¹ Die Bevölkerung ist hier in fünf gleich grosse Einkommensgruppen eingeteilt: die unterste Gruppe enthält das Fünftel der Bevölkerung mit den tiefsten Einkommen (erstes Fünftel) usw.

Ausrüstung der Haushalte mit ausgewählten Konsumgütern 2007



Wo liegt die Armutsgrenze?

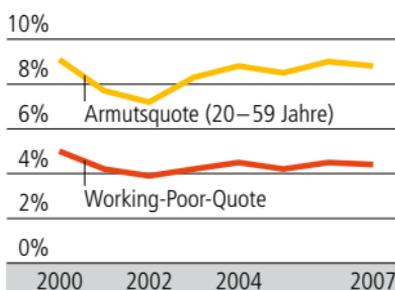
Will man die Armutsgrenze nicht willkürlich festlegen, braucht es einen Referenzwert. In der Schweiz wird dieser Wert aus den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) abgeleitet. Dieses Gremium erlässt breit akzeptierte Referenzwerte, die definieren, welche Geldbeträge und welche Leistungen benötigt werden, um in der Schweiz ein menschenwürdiges und sozial integriertes Leben zu führen. Diese Richtlinien sind als Empfehlungen für die konkrete Bemessung der Sozialhilfeleistungen gedacht; daher müssen einige Annahmen getroffen werden, um den Begriff «Armut» statistisch zu operationalisieren.

Die Armutsgrenze ergibt sich aus der Summe: Grundbedarf (von der SKOS bestimmt) + Wohnkosten + Krankenkassenprämien + 100 Franken pro Haushaltsmitglied ab 16 Jahren. 2007 beträgt die Armutsgrenze im schweizerischen Mittel 2250 Franken für eine allein stehende Person und 4700 Franken für ein Paar mit zwei Kindern (unter 16 Jahren). Es handelt sich eigentlich um theoretische Werte, tatsächlich werden kantonsspezifische Grenzen berechnet. Alle Personen im Alter von 20–59 Jahren, die in einem Haushalt leben, dessen Einkommen nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge (AHV, IV usw.) und der Steuern unter der Armutsgrenze liegt, gelten als arm.

Wie viele sind arm?

In der Schweiz sind rund 380 000 Personen im Alter von 20 bis 59 Jahren bzw. 8,8% der Bevölkerung von Armut betroffen (2007). Von «Working Poor» ist die Rede bei Personen in Haushalten, deren Mitglieder zusammen mindestens 36 Stunden pro Woche arbeiten, und die dennoch kein Einkommen über der Armutsgrenze erreichen. Dies betrifft im Jahr 2007 4,4% der Erwerbstätigen bzw. rund 147 000 Personen.

Entwicklung der Armut



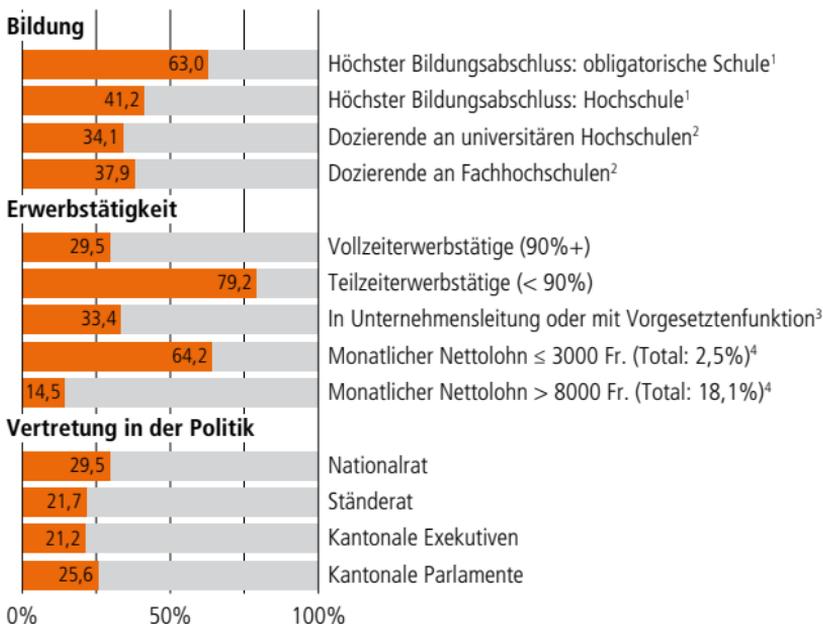
Armut in verschiedenen Bevölkerungsgruppen 2007

	Armutquote ¹	Working-Poor-Quote ¹
Total	8,8	4,4
Frauen	11,1	4,1
Männer	6,8	4,6
Ausländer	15,0	7,9
Schweizer	6,7	3,3
Haushaltstyp		
Alleinlebende	8,7	1,9
Alleinerziehend	26,3	9,9
Paar ohne Kinder	6,0	2,2
Paar mit 1 Kind	9,1	5,1
Paar mit 2 Kindern	11,4	7,6
Paar mit 3 und mehr Kindern	23,9	18,0

1 20–59 Jahre

Kennzahlen zur Gleichstellung von Frau und Mann

Frauenanteil in % (letzter verfügbarer Stand 2008/2009)



0% 50% 100%

1 25- bis 64-jährige Wohnbevölkerung

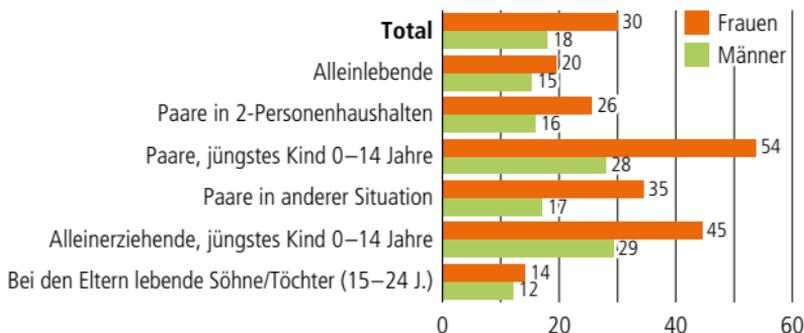
2 Professorinnen, übrige Dozentinnen, Assistentinnen und wiss. Mitarbeiterinnen

3 Arbeitnehmende

4 Vollzeitarbeitnehmende, privater und öffentlicher Sektor (Bund)

Zeitaufwand für Haus- und Familienarbeit 2007

Durchschnittliche Stunden pro Woche



Beteiligung an Freiwilligenarbeit 2007

in % der Wohnbevölkerung

	Frauen	Männer		Frauen	Männer
Informell	26,3	15,2	Institutionell	20,1	27,9
Verwandte Kinder betreuen	8,2	3,7	Sportvereine	5,0	11,4
Pflege von erwachsenen Verwandten	1,8	0,6	Kulturelle Vereine	3,9	5,8
Andere Dienstleistungen für Verwandte	3,5	3,0	Sozial-karitative Organisationen	4,4	2,7
Bekannte Kinder betreuen	7,4	1,8	Kirchliche Institutionen	4,3	2,7
Pflege von erwachsenen Bekannten	1,5	0,5	Interessenvereinigungen	3,0	5,1
Andere Dienstleistungen für Bekannte	6,8	6,6	Öffentliche Dienste	1,3	3,1
Anderes	0,3	0,2	Politische Parteien, Ämter	1,0	2,3

► www.statistik.admin.ch → Themen →

Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung

Sind wir auf dem richtigen Weg?

1 Bedürfnisdeckung – wie gut leben wir heute?

Die Lebenserwartung in guter Gesundheit steigt	+	Die Gewalt nimmt zu	-
Das Einkommen steigt nicht	n	Die Erwerbslosigkeit stagniert	n

2 Gerechtigkeit – wie sind die Ressourcen verteilt?

Die Armutsquote nimmt nicht ab	n	Die Löhne von Männern und Frauen gleichen sich zögerlich an	+
Die öffentliche Entwicklungshilfe nimmt zu	+		

3 Kapitalerhaltung – was hinterlassen wir unseren Kindern?

Die Lesefähigkeit von Jugendlichen verändert sich kaum	n	Die Anzahl Beschäftigter in Wissenschaft und Technik nimmt zu	+
Die Verschuldung ist angestiegen	-	Die Brutvogelbestände schwanken	n
Der Investitionsanteil am Bruttoinlandsprodukt stagniert	n	Die Siedlungsfläche nimmt zu	-

4 Entkoppelung – wie effizient nutzen wir die Ressourcen?

Der Güterverkehr wächst stärker als die Wirtschaft	-	Der Endenergieverbrauch pro Kopf stagniert	n
Der Anteil des öffentlichen Verkehrs nimmt zu	+	Die Materialintensität schwankt	n

Beurteilung der Entwicklung seit 1990:

+ Positiv (in Richtung Nachhaltigkeit)
 n Neutral
 - Negativ (weg von der Nachhaltigkeit)

In den meisten Lebensbereichen sind Ansätze für eine nachhaltige Entwicklung vorhanden, gleichzeitig aber auch gegenläufige Trends feststellbar. So konnten in einigen Bereichen Verbesserungen hinsichtlich Ökoeffizienz erzielt werden, doch wurden diese oft durch Konsumsteigerungen kompensiert.

Eine weitere Ambivalenz zeigt sich darin, dass Verbesserungen innerhalb der Schweiz Verschlechterungen auf globaler Ebene gegenüberstehen.

Fraglich ist auch die Fairness zwischen den Generationen: Die relativ positive Beurteilung der aktuellen Lage könnte auf Kosten zukünftiger Generationen zustande kommen. Beispielsweise verfügen 16% der Jugendlichen über nicht einmal grundlegende Lesekompetenzen. Und der Siedlungsflächenzuwachs geht grösstenteils auf Kosten von wertvollem Kulturland.

Der **ökologische Fussabdruck** misst die Nutzung der natürlichen Ressourcen und veranschaulicht die Knappheit des Umweltkapitals. Der Fussabdruck pro Person in der Schweiz ist zurzeit dreimal grösser als die weltweit pro Person durchschnittlich verfügbare Biokapazität. Die Hauptursache für den grossen Fussabdruck ist der Energieverbrauch.

Global gesehen ist die wirtschaftliche Entwicklung oft mit zunehmendem Umwelt- und Ressourcenverbrauch verbunden. Das heisst: Je höher das Volkseinkommen eines Landes, desto grösser dessen Fussabdruck. Der schweizerische Fussabdruck liegt im Durchschnitt der meisten westeuropäischen Länder. Die nordamerikanischen und einige europäische Länder verbrauchen pro Person bis zu fünfmal mehr Ressourcen als weltweit pro Person zur Verfügung stehen. Südostasien und Afrika konsumieren pro Person deutlich unter dem Weltdurchschnitt.

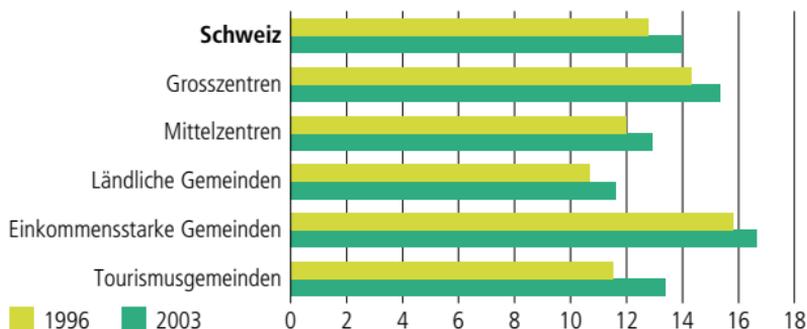
► www.statistik.admin.ch → Themen → Nachhaltige Entwicklung

Vielfalt und regionale Unterschiede – gleich Disparitäten – gehören zu jeder arbeitsteiligen Gesellschaft. Sie sind von grundsätzlichem Interesse für alle Bürgerinnen und Bürger, Politik und Wirtschaft. Wo müssen hohe Wohnungsmieten bezahlt werden? In welchen Regionen herrscht eine grosse Jugendarbeitslosigkeit? Je nach betrachtetem Merkmal und Sichtweise können regionale Disparitäten positiv als Beitrag zur Vielfalt oder negativ als gegenläufig zum Zusammenhalt eines Staates bewertet werden. Das BFS hat ein Set von Schlüsselindikatoren entwickelt, das die regionalen Disparitäten der Schweiz in neun Themenbereichen analysiert.

Durchschnittlicher Mietpreis

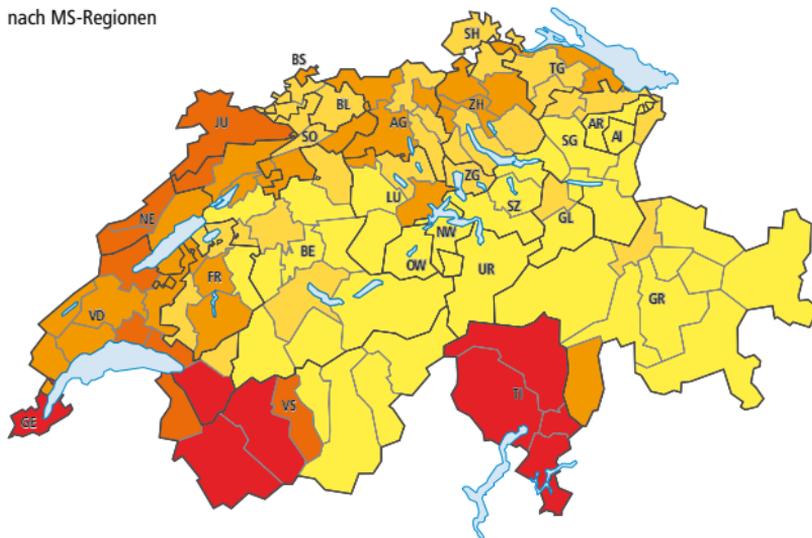
nach 5 ausgewählten Gemeindetypen

in CHF pro m²

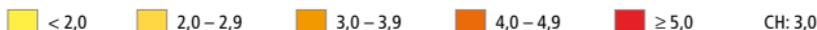


Jugendarbeitslosigkeit 2008

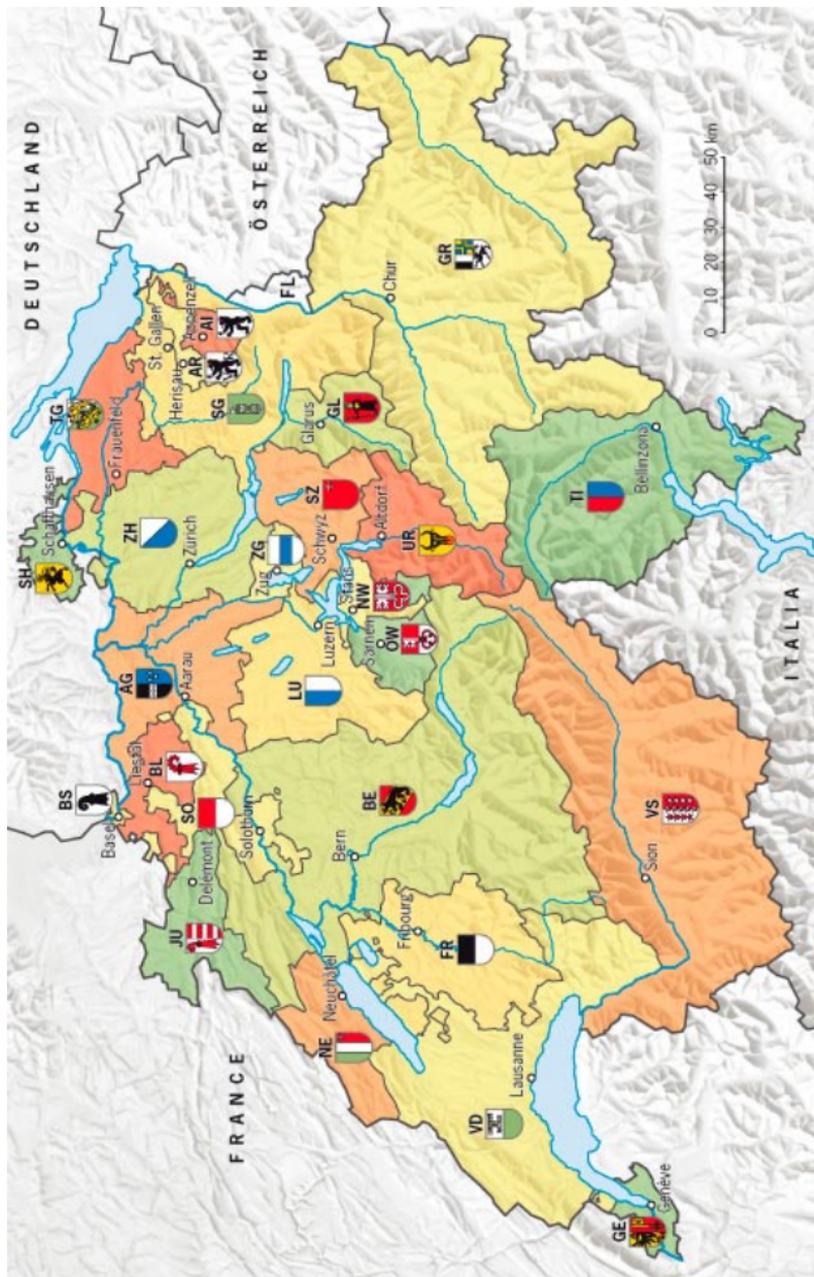
nach MS-Regionen



Anteil der 15–24-jährigen Arbeitslosen an allen 15–24-jährigen Erwerbspersonen, in %



Die Schweiz und ihre Kantone

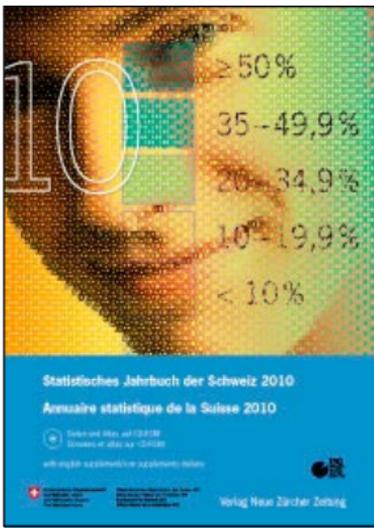


26 Kantone
150 Bezirke
2596 Gemeinden
Stand 1.1.2010

o. Kantonshauptort

Kantonsabkürzungen vgl. Tabelle Seite 4

Statistisches Jahrbuch der Schweiz 2010 inkl. CD-ROM



Das Statistische Jahrbuch ist das Standardwerk der Schweizer Statistik. Es vermittelt ein umfassendes Bild der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Schweiz und bietet nebst Tabellen illustrierte Übersichten zu allen Themen der öffentlichen Statistik. Das Werk ist durchgängig zweisprachig deutsch und französisch; in englischer und italienischer Sprache wird zudem ein Querschnitt mit den wichtigsten statistischen Informationen angeboten. Die dem Jahrbuch beigelegte CD-ROM enthält den Inhalt des Jahrbuchs 2010, ergänzt durch zahlreiche regionalstatistische und weitere zusätzliche Tabellen, sowie einen interaktiven Statistischen Atlas der Schweiz. Im Jubiläumsjahr «150 Jahre Bundesamt für Statistik» wird die

Jahrbuch-CD komplettiert durch ein lehrreiches Dossier mit historischen Texten zur Geschichte der Bundesstatistik.

Herausgegeben vom Bundesamt für Statistik. 568 Seiten (gebunden), Fr. 130.– (inkl. CD-ROM).

Erhältlich im Buchhandel oder direkt bei NZZ Libro, dem Buchverlag der Neuen Zürcher Zeitung. E-Mail: nzz.libro@nzz.ch



Das **Portal Statistik Schweiz** (www.statistik.admin.ch) ist das umfassende Online-Angebot der öffentlichen Statistik der Schweiz. Hier sind die Medienmitteilungen, Publikationen des BFS und weiterer öffentlicher Statistikstellen sowie laufend aktualisierte detaillierte Ergebnisse in Form von Indikatoren und herunterladbaren Tabellen verfügbar. In der Infothek werden verschiedene Datenbanken (wie das Statistische Lexikon und die Online-Datenrecherche) zusammen mit umfassenden Informationen zu den statistischen Grundlagen (Erhebungen, Register, Nomenklaturen) angeboten; attraktive Karten und Atlanten finden sich in den Kapiteln «Regional» und «International». Mit der Abonnie rung des NewsMail-Dienstes oder von automatischen Benachrichtigungen (RSS-Feeds) können sich die Nutzer und Nutzerinnen über das breite Angebot auf dem Laufenden halten; die Seite «Neues im Portal» bietet eine Übersicht über die neusten Publikationen der letzten 30 Tage.